Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 34 | Hamburg, den 22. August 1919. | 4. Jahrg.

Inhalt:

Die neue Umsatzsteuer ..... Seite 637
Die Schantungfrage ..... „ 638
Meinungen und Zustände in den Vereinigten Staaten „ 641
Länder-Berichte:
Dänemark ..... „ 643
England ..... „ 644
Belgien ..... Seite 647
Portugal ..... „ 648
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... „ 649
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 651
Vermischtes ..... „ 655
Wichtige Neueingänge ..... „ 656

Die neue Umsatzsteuer

Der eingeleiteten umfassenden und tiefgreifenden Reform der direkten Steuern folgt eine Erhöhung und Ausgestaltung der indirekten Steuern auf dem Fuße. Die neue sozialistische Regierung hat eingesehen, daß die dem älteren sozialdemokratischen Parteiprogramm eignende, grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Besteuerung des Verbrauchs unter den heute obwaltenden Verhältnissen nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Die finanziellen Lasten sind so drückend geworden, daß die direkten Steuern allein nicht ausreichen, um Erleichterung zu schaffen, ja man muß befürchten, daß die äußerste Anspannung der direkten wie der indirekten Steuern zusammen kaum zu einem einigermaßen erträglichen Ergebnis führen wird.

Die direkten Steuern, vor allem die geplante Reichseinkommensteuer, werden auch kaum genügen, um die auf Kosten der Renteneinkommen gestiegenen Arbeitseinkommen erschöpfend zu treffen. Das Mittel, die Löhne wieder auf eine angemessene Höhe zurückzuführen, liegt in der indirekten Steuer. Vom Standpunkt des Steuerertrags muß auch der Verschiebung der Einkommen zugunsten der breiten Masse, der allgemeinen Tendenz zur Ausgleichung der Unterschiede, zur Herstellung eines höheren Gesamtniveaus Rechnung getragen werden; das kann nur durch Konsumsteuern geschehen.

Das Unsinnige der fortgesetzten Lohnsteigerungen unter Zuhilfenahme der Notenpresse bei gleichzeitig heraufkletternden Preisen kommt in der Notwendigkeit, zu schärferen indirekten Steuern zu greifen, für die weitesten Kreise zu augenfälligem Ausdruck.

Der Bedeutung, die die große Einmalige, die Abgabe vom Vermögen, im Programm der direkten Steuern besitzt, entspricht die Stellung der inzwischen als Entwurf in der Nationalversammlung eingebrachten neuen Umsatzsteuer unter den indirekten Abgaben. Mit Ablauf des 31. Dezember 1919 tritt das bisherige Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 (vgl. Nr. 4 des „Wirschaftsdienst“ vom 24. 1. 19: „Die Umsatzsteuer in der neuen Wirtschaft“) außer Kraft, unbeschadet der Durchführung des Erhebungsverfahrens für die Zeit bis zum 31. Dezember 1919. An seine Stelle rückt das neue Gesetz mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab. Gelangt der Entwurf zur Annahme, so bildet die Umsatzsteuer die indirekte Steuer schlechthin. Sie belastet den gesamten Verbrauch, ohne Ausnahme, strebt vor allem nach hohem Ertrag, weshalb eine besondere Belastung der Hauswirtschaft durch sie nicht etwa vermieden, sondern geradezu bewirkt werden soll, und versucht, den Luxusbedarf besonders zu treffen.

Die Umsatzsteuer belegt nach dem Entwurf zunächst ganz allgemein Lieferungen und Leistungen, die im Inland gegen Entgelt innerhalb eines Unternehmens ausgeführt werden, mit einer Abgabe von eins vom Hundert des Entgelts. In bestimmten Fällen ist statt dessen der gemeine Wert zugrunde zu legen. Dabei gilt als Unternehmen jede selbstständige gewerbliche Tätigkeit einschließlich der Urerzeugung und des Handels, und die „Gewerblichkeit“ wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Absicht, Gewinn zu erzielen, fehlt. In der gleichen Weise werden Entnahmen von Gegenständen aus dem eigenen Betrieb behandelt, die erfolgen, um diese Gegenstände zu außerhalb des Betriebes liegenden Zwecken zu gebrauchen oder zu konsumieren, ferner in der Regel Versteigerungen.

Umsätze aus dem Ausland und außerhalb des Kleinhandels erfolgende erste Umsätze eingeführter Gegenstände im Inlande, endlich Umsätze in das Ausland sind von der allgemeinen Abgabe ausgenommen. Doch sind bei der im Entwurf vorgesehenen Sonderbesteuerung für bestimmte Lieferungen gewisse Durchbrechungen dieses Grundsatzes vorgesehen. Kreditgewährungen und Umsätze von Geldforderungen, Wertpapieren, Anteilen von Gesellschaften, Banknoten, Geldsorten und inländischen, amtlichen Wertzeichen werden gleichfalls von der allgemeinen Steuer nicht getroffen. Weitere Ausnahmen beziehen sich auf Edelmetalle, Verpachtungen und Vermietungen von Grundstücken, Beförderungen, bestimmte unter das Reichsstempelgesetz fallende Umsätze, Lieferungen

und sonstige Leistungen eines Unternehmers an die innerhalb seines Unternehmens tätigen Angestellten als Teil der Vergütung für geleistete Dienste, eingetragene Genossenschaften.

Von der Steuer befreit sind zunächst Reich und Bundesstaaten hinsichtlich des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs, ferner Beförderungsunternehmungen wegen der auf Gesetz beruhenden Leistungen für diesen Verkehr. Dann durchweg Unternehmen, deren Zwecke ausschließlich gemeinnützig oder wohltätig sind. Sehr wichtig zur Vermeidung mehrfacher Besteuerung mit entsprechender Versteuerung ist eine Bestimmung, wonach bei Abwickelung mehrerer, von verschiedenen Unternehmen über dieselben Gegenstände oder über Gegenstände gleicher Art abgeschlossenen Umsatzgeschäfte nur die Lieferungen derjenigen Unternehmer steuerpflichtig sind, die den unmittelbaren Besitz übertragen.

Die allgemeine Steuer von eins vom Hundert des Entgelts erhöht sich nun auf fünf vom Hundert bei im Kleinhandel erfolgender Lieferung von Gegenständen, die ihrer Beschaffenheit nach zum Gebrauch oder Verbrauch in der Hauswirtschaft bestimmt sind. Hierbei soll verschiedentliche Heranziehung des gleichen Objekts für die Steuer dadurch beseitigt werden, daß Gegenstände, die zur gewerblichen Weiterverarbeitung, sei es in derselben Beschaffenheit, sei es nach vorheriger Bearbeitung oder Verarbeitung erworben wurden, nicht als im Kleinhandel geliefert zu betrachten sind. Die erhöhte Steuerpflicht umfaßt auch die entgeltliche Lieferung zum Gebrauch oder Verbrauch in oder aus dem Ausland an eine Person, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zur Zeit der Lieferung im Inlande hat. Die Steuerpflicht tritt in diesem Falle ein, sobald der Gegenstand ins Inland gelangt. Eine beträchtliche Schonung des Konsums bedeutet die Bestimmung, daß Lieferungen von Wasser, Gas, Elektrizität, Kohle, Holz und lebendem Vieh, einschließlich der Pferde, jedoch mit Ausnahme des Federviehs, von der erhöhten Steuer befreit sind. Der Verbrauch dieser Waren ist durchweg bereits durch andere Steuern stark belastet, was besonders bei der Kohle in Erscheinung tritt. In anderen Fällen, wo eine Verbrauchssteuer bereits vorliegt, darf der Unternehmer bei der Berechnung dieser besonderen Verbrauchssteuer die erhöhte Umsatzsteuer in Abzug bringen. Der Staatenausschuß kann nähere Bestimmungen über die Abgrenzung der „hauswirtschaftlichen Gegenstände“ erlassen, insbesondere Verzeichnisse dieser Gegenstände aufstellen, die bindende Kraft haben.

Eine besondere Ausgestaltung erfährt die Besteuerung des Luxusverbrauchs. Zunächst durch eine Abgabe von zehn vom Hundert des Entgelts bei der Lieferung näher bezeichneter Gegenstände durch den Hersteller, falls diese ihrer Beschaffenheit nach für die Hauswirtschaft und nicht etwa für die Verwendung innerhalb einer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit bestimmt sind. Hierhin gehören Pelzwerke, Riech- und Schönheitsmittel, Erzeugnisse des Buchdrucks auf besonderem Papier mit beschränkter Auflage, Bucheinbände, Sammel- und Diplommappen aus Ganzleder, Klaviere und andere Musikinstrumente, Kekse und Schokolade. Für eine andere Kategorie von Waren wird die Erhebung der erhöhten Steuer von Mindestentgelten abhängig gemacht, um auch wirklich den Luxusverbrauch und nicht den notwendigen Bedarf zu treffen. Dies gilt namentlich für Möbel. Der Staatenausschuß hat die Höhe der Mindestentgelte festzusetzen.

Der Entwurf der großen Vermögensabgabe läßt den Hausrat frei. Die Umsatzsteuer bietet nun eine erwünschte Handhabe, Vermögensanlagen in Möbeln, namentlich solche, die zu Zwecken der Steuerhinterziehung erfolgen, zu erfassen, freilich nur solche, die erst noch in Zukunft vor sich gehen. Auch die Umsätze von Gegenständen des Juweliergewerbes und von Bildwerken und Plastiken werden durch den neuen Entwurf stärker als bisher herangezogen, wodurch die Steuerflucht immer mehr erschwert wird. Zum Teil werden diese Gegenstände durch die vom Hersteller zu entrichtende Abgabe von zehn vom Hundert belastet, zum größeren Teil aber durch einen noch höheren Steuersatz, der auf Grund besonderer Bestimmungen erhoben werden soll.

Bei der Lieferung der hierbei in Frage kommenden, besonders aufgeführten Gegenstände im Kleinhandel erhöht sich die Abgabe auf fünfzehn vom Hundert. Der schwierigen Lage der freien Berufe, namentlich aber der Künstler, für deren Beschäftigung bei der ungeheuren finanziellen Belastung aller Kreise, des Staates und der Privaten, in Zukunft die Mittel wesentlich spärlicher fließen dürften, soll Rechnung getragen werden, freilich nur in beschränktem Maße: Der erhöhten Steuer unterliegen nicht die Originalwerke deutscher lebender oder innerhalb der letzten fünf Jahre verstorbener Künstler, die von dem Künstler, oder nach seinem Tode von seinem Ehegatten, seinen Abkömmlingen oder seinen Erben oder durch Verkaufs- oder Ausstellungsverbände von Künstlern geliefert werden. Ferner wird die Steuer zurückvergütet, wenn der Erwerber nachweist, daß er die betreffenden Gegenstände im öffentlichen Interesse, insbesondere auch für kirchliche oder wissenschaftliche Zwecke, erworben hat. Gegebenenfalls ist auch eine Ermäßigung des Steuersatzes auf fünf oder nur eins vom Hundert vorgesehen. Die erhöhte Steuerpflicht umfaßt auch das Verbringen von Originalwerken und sonstigen Objekten, die für die Geschichte, die Kulturgeschichte oder die Vorgeschichte der Pflanzen- und Tierwelt von Bedeutung sind, in das Ausland, es sei denn, daß der Hersteller noch nicht fünfzig Jahre tot ist. Mit 15 v. H. besteuert werden endlich Antiquitäten aller Art, sofern sie aus Liebhaberei und nicht zu wissenschaftlichen Zwecken erworben werden, Land-, Wasser und Luftfahrzeuge mit motorischem Antrieb oder für Vergnügungs- und Sportzwecke, Billards, Blumen und dergleichen über 10 M. Entgelt, Zier- und Zimmervögel, endlich taucht in diesem Gewande die Besteuerung von Hunden und Katzen wieder auf.

Der Steuerhinterziehung im Wege unkontrollierten Handels soll wenigstens auf einem Teilgebiet durch Überwachung eines wichtigsten Hilfsmittels, der Zeitungsanzeige, vorgebeugt werden. Wer in einer Druckschrift, die zur Verbreitung bestimmt ist, Verkaufsangebote von gewissen unter die Luxussteuer fallenden Gegenständen macht, ohne in dem Angebot seinen Namen und seine Wohnung anzugeben, hat Namen und Wohnung dem Verleger der Druckschrift gleichzeitig mit der Erteilung des Auftrags mitzuteilen. Der Verleger darf solche Veröffentlichungen nur annehmen, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Die Schantungfrage

Teil IV, Abschnitt VIII des Versailler Friedensvertrages hat die chinesische Provinz Schantung zum Gegenstand. Die fraglichen Paragraphen lauten:

„Artikel 156. Deutschland tritt an Japan alle Rechte Ansprüche und Vorrechte ab — insbesondere auch alle Rechte, Ansprüche und Vorrechte, die auf das Gebiet von Kiautschau,

die Eisenbahnlinien, die Bergwerke und Unterseekabel Bezug haben —, die Deutschland auf Grund des Vertrages mit China vom 6. März 1898, sowie durch alle sonstigen die Provinz Schantung betreffenden Verträge erworben hat.

Alle deutschen Rechte auf die Eisenbahnlinie von Tsingtau nach Tsinanfu, einschließlich ihrer Abzweigungen sowie der dazu gehörigen Baulichkeiten jeder Art, der Bahnhöfe, Lagerräume, des festen und rollenden Materials, der Gruben, der auf die Gruben bezüglichen Betriebseinrichtungen und des Betriebsmaterials, sind und bleiben mit allen dazu gehörigen Rechten und Vorrechten japanisches Eigentum.

Die Unterseekabel des Deutschen Reiches von Tsingtau nach Schanghai und von Tsingtau nach Tschifu bleiben mit allen dazugehörigen Rechten, Vorrechten und Besitzungen freies und unbelastetes Eigentum Japans.

Artikel 157. Die beweglichen und unbeweglichen Rechte, die der deutsche Staat im Gebiet von Kiautschau besitzt, sowie alle Ansprüche, die er auf Grund der Vornahme von Arbeiten und Einrichtungen oder von Ausgaben, die er mittel- oder unmittelbar für dies Gebiet gemacht hat, geltend machen könnte, sind und bleiben freies und unbelastetes Eigentum Japans.

Artikel 158. Innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages übergibt Deutschland Japan sämtliche Archive, Register, Pläne, Urkunden und Dokumente, welche die Zivil-, Militär-, Finanz-, Gerichts- oder andere Verwaltungen Kiautschaus betreffen, gleichgültig, wo sich diese Papiere befinden.

In der gleichen Frist hat Deutschland Japan sämtliche Verträge, Vereinbarungen oder Kontrakte, die sich auf die in den beiden vorstehenden Artikeln beregten Rechte, Ansprüche oder Vorrechte beziehen, zu notifizieren."

In diesen drei Paragraphen, die sämtlich von einem der chinesischen Republik gehörigen Gebiet handeln, kommt also der Name „China" nur ein einziges Mal vor, und das nur bei Erwähnung eines Vertrags, den Deutschland vor 21 Jahren mit China abgeschlossen hat. Im übrigen gehen Deutschlands „Rechte, Ansprüche und Vorrechte" in der Provinz Schantung auf Japan über.

*

Welches sind nun jene Rechte, Ansprüche und Vorrechte, deren Erbe Japan in Schantung antritt?

Nachdem am 14. November 1897 Admiral v. Diederichs in der Kiautschaubucht erschienen war, trat die chinesische Regierung am 6. März 1898 das Gebiet von Kiautschau pachtweise für 99 Jahre an Deutschland ab. Tsingtau, der Hafen der Provinz Kiautschau, war damals ein unbekanntes Fischerdorf. In den Jahren von 1898 bis 1914 hat Tsingtau und das ganze Pachtgebiet unter deutscher Herrschaft einen für ostasiatische Verhältnisse fabelhaften Aufschwung erlebt, einen Aufschwung, der selbst von Engländern und Amerikanern rückhaltlos anerkannt wurde. So sagt der Dezennalbericht des unter englischer Leitung stehenden Chinesischen Seezolls: „Tsingtau hat eine Zeit ungeahnten Fortschritts und glücklichster Entwicklung hinter sich, Schiffsverkehr, Handelswert und Zolleinnahmen haben sich in den Jahren von 1902 bis 1911 mehr als vervierfacht. So betrug der Gesamtraumgehalt der ein- und auslaufenden Schiffe im Jahre 1902 493 515 t, 1911 dagegen 2 140 583 t. Der Wert der ein- und ausgeführten Waren bezifferte sich 1902 auf 10,3 Mill., 1911 aber auf 52 Mill. Taels. Besonders seit der neue Hafen 1904 dem Verkehr übergeben worden war, stiegen die Handels- und Schiffahrtsziffern überaus rasch. Die alljährlichen Zollberichte vor allem zeigten, wie sich der Handel des Pachtgebietes in den Jahren 1907 bis 1911 zu immer größerer Blüte entwickelt hat. Es sind das die schlimmen Jahre der allgemeinen Depression im Welthandel von 1907 bis 1908, dann die der verschiedenen lokalen Schwierigkeiten, namentlich des Geldmarktes, des Gummikrachs, der Überschwemmungen, der Pest und der Revolution. Während aber alle andern Häfen in dieser Zeit in ihrem Handel schwere Einbußen erlitten, haben die Ereignisse Tsingtau nicht in seinem langsamen doch sichern Aufstieg aufzuhalten vermocht. Besonders der Ausfuhrhandel, bis 1906 die schwache Seite Tsingtaus, entwickelte sich über alles Erwarten günstig. Strohborten, Erdnüsse, vegetabilische Öle, Seide, Borsten, Baumwolle u. a. m. haben sich von den ehedem bevorzugten Häfen nach Tsingtau gezogen und bildeten von da ab die Hauptartikel seiner Ausfuhr. Fast alle bedeutenderen Chinafirmen, deutsche, englische und französische, hatten eigene Zweigstellen oder wenigstens Vertreter am Ort. Sieben große Dampferlinien liefen Tsingtau regelmäßig an. Kurz, das Fischerdorf von 1899 stand 1911 schon an sechster Stelle unter den Häfen der chinesischen Küste.

Handel und Schiffsverkehr: Im Jahre 1902 haben 219 Schiffe von insgesamt 229 715 t Raumgehalt den Hafen von Tsingtau angelaufen. Das Jahr 1911 schloß mit 613 Schiffen von 1 069 287 t, das Jahr 1912 mit 727 Schiffen von 1,13 Mill. N.-R.-T., das Jahr 1913 mit 902 Schiffen von 1,29 Mill. N.-R.-T. Jahr um Jahr wachsend, gesund und stetig hatte sich der Verkehr bis zu dieser Höhe entwickelt. Die natürliche Folge der verbesserten Verschiffungsmöglichkeiten war eine stetig steigende Entwicklung insbesondere des Ausfuhrhandels. Die Japaner waren 1908 die ersten, die eine direkte, regelmäßige Dampferverbindung einrichteten und ihr Handel, besonders der in Baumwollwaren und Streichhölzern, stand bis 1913 an erster Stelle. Auch mit Hongkong wurde bald eine regelmäßige Dampferverbindung hergestellt, hauptsächlich für den Transport von Zucker. 1908 kamen zum erstenmal die Dampfer der englischen P. & O.-Linie, 1909 folgten ihnen die französischen Messageries Maritimes und andere große Linien. Seit 1910 liefen auch die Dampfer des Norddeutschen Lloyd Tsingtau regelmäßig zweimal im Monat an. Vom Herbst 1914 ab sollte dieser regelmäßige Dampferdienst eine bedeutende Verbesserung erfahren, indem von da ab die Dampfer des Norddeutschen Lloyd monatlich viermal Tsingtau berühren sollten (zweimal auf der Aus-, zweimal auf der Heimreise) und außerdem allmonatlich ein ausreisender und ein heimreisender Dampfer der Hamburg-Amerika Linie den Hafen anlaufen sollte. Die regelmäßige Verbindung mit dem benachbarten Japan wurde durch die Dampfer „Matsu Maru" und „Neisei Maru" hergestellt.

Ein Blick auf die Handelstabellen Tsingtaus zeigt einen nahezu ununterbrochenen Fortschritt. Weder übertriebene Rekordziffern noch nennenswerte Rückschläge waren hier zu verzeichnen, ein Beweis für die Gesundheit und innere Solidität der von ungesunder Spekulation unbeeinflußten Handelsentwicklung. Der Nettowert des Gesamthandels betrug 1902 10 345 000 Haikuan Taels. 1903, 1904 und 1905 brachten einen Zuwachs von im ganzen 12 Mill. Taels. 1906 stieg die Zunahme auf den doppelten Betrag. Im Jahr 1907 zeigt die Tabelle allerdings einen Rückgang von 2 Mill. Taels, der sich daraus erklärt, das von diesem Jahr ab der Wert des Dschunkenhandels (etwa 5 Mill. Taels) in einer eigenen Tabelle der chinesischen Zollstatistik gesondert geführt wird. Das Jahr 1908 brachte wieder ein Plus von 3 Mill., das Jahr 1909 8 Mill., 1910 und 1911 je 3 Mill., im Jahre 1912/13 betrug der Gesamtwert des Tsingtauer Handels 63 170 000 Taels.

Zolleinnahmen: Die Einnahmen des chinesischen Seezolls sind in den 10 Jahren von 1902 bis 1911 von 192 918 Taels auf 1 251 002 Taels gestiegen. Unter den 46 Vertragshäfen stand Tsingtau zum Schluß den Zolleinnahmen nach an

siebenter Stelle nach Schanghai, Tientsin, Kanton, Hankau, Swatau und Dairen.

Die Bevölkerung betrug im ganzen Pachtgebiet im Jahr 1910 162 949 Menschen. In Tsingtau selbst zählte man im selben Jahr 34 180 Chinesen, davon 28 127 Männer, 6053 Frauen und Kinder, und 4084 Ausländer, darunter 2275 Militärs und Beamte.

Ackerbau: Hirse, Weizen, Kauliang und süße Kartoffeln waren die wichtigsten Bodenerzeugnisse Schantungs. Erdnüsse wurden besonders für die Oelgewinnung angebaut und bildeten den wichtigsten Ausfuhrartikel Tsingtaus. Die Ausfuhr ging hauptsächlich nach Marseille und ist in dem kurzen Zeitraum von 1908 bis 1911 von 95 000 auf 797 000 Pikul im Jahr gestiegen. Im Gebiet der Provinz Schantung ist außerdem noch der Anbau von Baumwolle, Gerste und Obst erwähnenswert.

Bergwerke und Mineralien: Kohle und Eisen sind in Schantung im Ueberfluß vorhanden. Die Hauptkohlenfelder liegen bei Fangtse, Hungschan, Poschan, Tawenkou, Itschou und Yihsien. Die ersten drei gehörten zum Gebiet der Konzession der Schantung-Eisenbahn. Die Gruben von Fangtse wurden 1901 eröffnet. Der erste Kohlenzug von dort nach Tsingtau ging im Oktober 1902 ab. In Hungschan begann die Förderung 1904. In Fangtse wurden in den letzten Zeiten der deutschen Herrschaft ungefähr 900 t täglich gefördert, in Hungschan 950 t. Die Hungschankohle war die bessere und eignete sich als Schiffskohle wie zum Hausbrand gleich vortrefflich. Die Flötze lagen sehr günstig und die Förderung stellte sich um 30 % billiger als in Fangtse. Beide Gruben hatten Anlagen zum Waschen der Kohlen und zur Herstellung von Briketts. Die Fangtsekohle wurde fast ganz in der Provinz abgesetzt, nur ein geringer Bruchteil kam nach Tsingtau. Die Kriegsschiffe und die Handelsdampfer gebrauchten hauptsächlich Hungschankohle. In den beiden Gruben wurden über 800 Chinesen beschäftigt. In der Nähe der Gruben von Hungschan befand sich ein umfangreiches und ergiebiges Eisenerzlager. Auch die Poschankohle war übrigens ausgezeichnet. Die Jahresförderung wurde auf ungefähr 200 000 t geschätzt. Davon wurden etwa 20 000 t verkokst. Absatz fand diese Kohle hauptsächlich in Tsinanfu und Umgebung. Die Arbeitsmethoden in Poschan waren noch ganz und gar primitiv. An Maschinen fanden sich dort nur Pumpen, die von einer Tsinanfuer Gesellschaft leihweise an alle Interessenten vergeben wurden. Die Schantung-Bergbau-Gesellschaft hatte sich von dort zurückgezogen und den Abbau einer Anzahl kleinerer chinesischer Gesellschafteu überlassen, um Reibereien zu vermeiden.

Tsingtauer Industrie:

a) Die Tsangkou-Seidenspinnerei. Im Jahr 1901 war in Berlin die deutsch-chinesische Seidenindustrie-Gesellschaft gegründet worden. In den Jahren 1902 bis 1903 errichtete sie in Tsangkou eine Seidenspinnerei mit Dampfbetrieb. Später hatte sich diese Gesellschaft infolge der Lungenpest (1911) wieder aufgelöst, doch entstand um das Jahr 1913 eine neue Seidenspinnerei unter chinesischem Namen, die im Begriff war, rasch emporzublühen, als der Krieg mit Japan ausbrach.

b) Albuminfabrikation: 1909 wurde die Columbia G. m. b. H. gegründet, die im Jahre 1911 schon 4000 Pikul ihrer Produkte in Pulverform ausführte. 1911 wurde von der Firma Karl Ebers eine neue Fabrik eröffnet, die Albumin und Eigelb, beides flüssig und in Pulverform, herstellt. Ihre Jahresproduktion belief sich 1911 auf über 2400 Pikul. Spezialität dieser Fabrik war das trockene Präparat „Sinaqua".

c) Brauereien: Die Germania Bierbrauerei, die 1904 eröffnet wurde, versorgte Tsingtau und die meisten nördlichen Häfen mit Bier. Es wurden im Jahre 1911 32 000 Gallonen ausgeführt. Die Brauerei war in Hongkong als „Anglo-German Brewery Com.-Lim." eingetragen. Die Brauerei Gomoll braute Berliner Weißbier, hatte aber nur unbedeutende Ausfuhrziffern aufzuweisen.

d) Sodawasserfabrik: Die Iltisbrunnen- (Sodawasser-) Gesellschaft führte 1911 gegen 18 000 Dutzend Viertelliterflaschen von kohlensaurem Wasser aller Art aus. Der Iltisbrunnen war eine Quelle, die an den bewaldeten Hängen der Iltisberge zutage trat.

e) Tonnenfabrik: 1911 eröffnet stellte sie eiserne Fässer für die Ausfuhr von Bohnen und Erdnußöl her.

Eisenbahnen und Straßen: Im Jahre 1899 wurde mit dem Bau der ersten Eisenbahn in Schantung begonnen. Sie wurde von der im Jahre 1898 gegründeten Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft gebaut. Das Kapital dieser deutsch-chinesischen Gesellschaft betrug 54 Mill. ℳ in 54 000 voll eingezahlten Aktien. Die Gesellschaft war in Berlin eingetragen und hatte auch dort ihr Hauptbüro. Die Bahn war 395 km lang, auf der ganzen Strecke eingleisig und hatte die Normalspurweite von 1,435 m. Es war aber genügend Raum vorhanden, um die Strecke zweigleisig auszubauen. Die Schienen hatten ein Gewicht von 30 kg je m, die Schwellen waren aus Eisen und wogen ebenfalls 30 kg das Stück. Das erlaubte eine Höchstgeschwindigkeit von 60 km die Stunde. Die Linie wurde 1904 vollendet. Das rollende Material umfaßte 1913: 35 Lokomotiven, 113 Personenwagen und 826 Güterwagen. Es sollte aber damals schon, um dem wachsenden Verkehr zu entsprechen, vermehrt werden. Tsingtau hatte 2 Bahnhöfe. Die Bahn umfuhr die Kiautschaubucht, berührte die Kreisstädte Kiautschau und Kaumi und lief von da über den Kohlengrubenbezirk Fangtse nach der Stadt Wei-Hsien. Von dort weiter westwärts über Tschingtschou-Fu nach Tsinanfu. In Tschengtien, ungefähr halbwegs zwischen Wei-Hsien und Tsinanfu, zweigte nach Süden eine 39 km lange Nebenlinie ab, die die Verbindung mit den Kohlenfeldern von Poschan und Hungschan herstellte. In Tsinanfu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, hatte die Bahn Anschluß an die Strecke Tientsin-Pukau (Nanking) und damit nach Peking und an die Sibirische Bahn. Es verkehrten täglich je ein Durchgangszug von Tsingtau nach Tsinanfu und umgekehrt. 1911 wurden insgesamt 908 900 Passagiere und 705 083 t Fracht befördert. Die Bahn stand finanziell günstig. Die Einnahmen und Ausgaben für das km berechnet waren:

	1906	1907	1908	1909	1910	1911
Einnahmen..... $	4970	5460	5990	7818	8548	8082
Ausgaben ..... „	2089	2333	2476	5734	2290	2533
gezahlte Dividende	4½%	4¾%	4¾%	6%	6½%	6½%

Die Gesamteinnahmen betrugen in 1000 mex. $:

1905	1906	1907	1908	1909	1910
1 912	2 169	2 259	2 614	3 412	3 730

Auf den Personenverkehr entfielen hiervon 30 %, auf den Frachtverkehr, bei dem die Hälfte der Kohlentransport ausmachte, 70 %. Die Frachteinnahmen stiegen in der Zeit von 1905 bis 1910 von 1 299 396 auf 2 968 306 mex. $. Diese Bahn war von allergrößtem Einfluß auf den Handel Tsingtaus. Ein großer Teil der früheren Stapelgüter Tschifus war schon nach Tsingtau abgelenkt, von den Einfuhrwaren z. B. Baumwollstückwaren, Baumwollgarne und Petroleum, von den Ausfuhrwaren Strohborten, Seide und Pongees.

Schulwesen: Die Kaiserliche Gouvernementsschule, nur für europäische Knaben und Mädchen, war ein Realgymnasium mit drei Vorschulklassen, und hatte die Berechtigung, das Einjährigenzeugnis auszustellen. Es unterrichteten zum Schluß 11 Lehrer. 1911 war die Anstalt von 162 Schülern besucht. Es war mit ihr ein staatliches Alumnat für Schüler aus anderen Plätzen verbunden.

Die Schwestern der Katholischen Mission unterhielten ein von etwa 30 Schülerinnen besuchtes Pensionat für fremde Mädchen.

Die Deutsch-Chinesische Hochschule wurde 1909 von der deutschen und der chinesischen Regierung gemeinsam gegründet. Die letztere steuerte alljährlich 40 000 ℳ zur Unterhaltung bei. Alle Lehrer wurden von der deutschen Regierung ernannt. Die Unterstufe bestand aus einem fünfjährigen Elementarkursus, die eigentliche Hochschule zerfiel in vier Fakultäten: Jura, Nationalökonomie, Naturwissenschaften (Land-, Forst- und Ingenieurwissenschaften), Medizin.

In den größeren Dörfern des Pachtgebiets bestanden 12 Gouvernements-Elementarschulen, die von chinesischen Lehrern geleitet wurden. Neben diesen Schulen gab es noch folgende deutsche Missionsschulen für Chinesen: 16 Elementarschulen mit 284 Schülern, eine Mittelschule mit 45 Schülern, 2 Mädchenschulen mit 95 Schülerinnen, 1 höhere Mädchenschule, 2 deutsch-chinesische Seminare mit 167 Schülern, 1 Lehrerinnenseminar, 1 Kindergarten und 1 Klöppelschule.

Finanzwirtschaft: Die Finanzwirtschaft gestaltete sich immer günstiger, wie die folgende Tabelle über die eigenen Einnahmen und Ausgaben der Kolonie zeigt (Beträge in Mill. ℳ):

	1902	1904	1906	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Einnahmen:	0,47	0,91	1,64	1,45	3,77	4,82	6,72	7,75	7,23	8,06
Ausgaben:	12,50	13,50	14,79	11,47	12,29	13,84	15,09	15,83	16,79	18,41

(Die Angaben für die Jahre 1913 und 1914 beruhen auf Etatsschätzungen.)

Während also die Ausgaben nur relativ langsam gestiegen sind, haben sich die Einnahmen z. B. in dem Jahrzehnt 1902/1912 von 470 000 auf 7 750 000 ℳ erhöht. Dementsprechend konnte auch der Reichszuschuß nach und nach verringert werden. Er betrug z. B. für das Rechnungsjahr 1904 noch 12,58 Mill., war aber 1912 schon auf 8,77 Mill. ℳ. gefallen.

Aus dieser Darstellung geht wohl zur Genüge hervor, daß Deutschland alle Ursache hatte, auf Tsingtau die schönsten Hoffnungen für die Zukunft zu setzen.

*

Wie der Versailler Friedensvertrag nun vorschreibt, gehen alle Rechte, Vorrechte und Ansprüche Deutschlands in China, vor allem seine Rechte in dem Pachtgebiet Kiautschau, ohne jede Entschädigung an Japan über. Das gilt auch in erster Linie von den deutschen Bahnlinien in Schantung, den deutschen Bergwerken, den deutschen Kabeln (Schanghai—Tsingtau—Tschifu) sowie von „allen beweglichen und unbeweglichen Rechten, die der deutsche Staat im Gebiet von Kiautschau besitzt". Es darf aber nicht vergessen werden, daß es sich hier nicht um deutsches, sondern um chinesisches, den Deutschen nur auf 99 Jahre pachtweise überlassenes Gebiet handelt. Japan hat ferner am 15. August 1914, in seinem Ultimatum an die deutsche Regierung ausdrücklich erklärt: „.....Die kaiserlich japanische Regierung hält es aufrichtig für ihre Pflicht, der deutschen Regierung den Rat zu geben, die folgenden zwei Vorschläge auszuführen: ....Zweitens: Nicht später als am 15. September den kaiserlich japanischen Behörden bedingungslos und ohne Entschädigung das gesamte Pachtgebiet von Kiautschau zu übergeben, zum Zweck der seinerzeitigen Rückgabe dieses Gebiets an China." Ferner: am Tage der Übergabe des Ultimatums hat Ministerpräsident Graf Okuma dem „East and West Bureau", der halbamtlichen japanischen Depeschenagentur in New York, zum Zweck der Verbreitung in der amerikanischen Presse das folgende Telegramm übersandt: „.....Japan hat keine territorialen Ambitionen und will nur den Frieden im fernen Osten wahren." Am 18. August 1914 erklärte Graf Okuma vor einer Versammlung japanischer Geschäftsleute in Tokio: „Die kaiserliche Regierung wird nichts unternehmen, was einer dritten Macht Grund zur Angst bezüglich der Sicherheit ihres Landes oder ihrer Besitzungen geben könnte." Am 24. August telegraphierte Graf Okuma durch den „Independent" (New York) an das amerikanische Volk: „.....Als japanischer Ministerpräsident habe ich schon festgestellt und stelle jetzt nochmals im Angesicht des amerikanischen Volkes und der ganzen Welt fest, daß Japan.... nicht den Wunsch hat, sein Gebiet zu vergrößern noch den, China oder eine andere Nation dessen zu berauben, was sie jetzt besitzen. Meine Regierung und mein Volk haben ihr Wort gegeben und werden es so halten, wie Japan immer sein Wort hält."

Von allem Anfang an hat sich Japan an dieses Versprechen wenig gekehrt, vielmehr alles getan, um seinen Einfluß in Schantung derart fest zu begründen, daß das Kriegsende, gleichviel wem es den Sieg bringen würde, auf Japans Stellung in Schantung ohne Einfluß bleiben mußte.

Es besteht andererseits kein Zweifel darüber, daß der chinesischen Regierung seitens der verbündeten Angelsachsenregierungen Schutz gegen japanische Angriffslust als Preis für Chinas Kriegserklärung an Deutschland versprochen worden ist. Und nichtsdestoweniger haben die Vereinigten Staaten sowohl wie England es für richtig erachtet, China auf der Friedenskonferenz zu Versailles den japanischen Ansprüchen gegenüber fallen zu lassen. Ich zweifle nicht daran, daß die von dem amerikanischen Gesandten in Peking Dr. Paul S. Reinsch und von dem englischen Gesandten Sir John Jordan der chinesischen Regierung gegebenen Versprechungen aufrichtig gemeint waren; lagen sie doch im Interesse der Angelsachsen, die ein weiteres Vordringen Japans auf asiatischem Festlandsboden nicht dulden können. Weshalb dennoch dieser angelsächsische Rückzug in Versailles?

Japan hat von den Angelsachsen die öffentliche Anerkennung der Rassengleichheit verlangt. Und dieses Verlangen konnte ihm weder England noch Amerika bewilligen. Denn niemals hätten sich Kanada und Australien, niemals die pazifischen Staaten der Union mit einem solchen Friedensparagraphen einverstanden erklärt. Japan spielte den Beleidigten und drohte mit Rückberufung seiner Delegierten aus Versailles. Und gab sich erst zufrieden, als ihm von den beiden Angelsachsenmächten freie Hand in Schantung zugestanden worden war.

Ich bin der Ansicht, daß Japans Rassengleichheits-Postulat, in Versailles zumindest, nur eine Finte war. Denn Japan wußte, mußte wissen, daß es dieses Postulat jetzt unmöglich durchsetzen konnte. Wie immer dem sei: Japan hat zunächst alles erreicht, was es vernünftigerweise zu erreichen hoffen durfte, und die verbündeten Angelsachsenmächte haben China geopfert, um ihren eigenen Vorteil zu wahren.

Hans Lambertz

Meinungen und Zustände in den Vereinigten Staaten

Über die politische Stimmung und die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages sind wir durch Zeitungen und Einzelberichte noch immer nicht hinreichend unterrichtet. Wir geben daher, zur Ergänzung dieser Quellen, die Aussagen eines der ersten Amerikaner wieder, die zur Wiederaufnahme des

geschäftlichen Verkehrs noch vor Ratifikation des Vertrages nach Deutschland gekommen sind. Unser Gewährsmann ist ein jüngerer gebildeter Kaufmann, der vor dem Kriege auch im amerikanischen Konsulardienst und in der Zivilverwaltung seines Landes tätig war und Deutschland von früheren Reisen her gut kennt. Seine Aufrichtigkeit und Unabhängigkeit stehen außer Zweifel. Bei einigen Äußerungen ist zu beachten, daß sie von einem leidenschaftlichen Anhänger der republikanischen Partei gemacht wurden, die die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gewonnen hat und die in scharfer Gegnerschaft zu Wilson steht. Dennoch scheinen uns diese Urteile mehr als Parteibedeutung zu haben. Sie enthalten Fingerzeige, die für Deutschland und seine Kaufleute bei der Wiederanknüpfung ihrer staatlichen und wirtschaftlichen Beziehungen wertvoll werden können.

Unser Gewährsmann versichert uns, daß ihn nach seiner Ankunft in Deutschland nichts mehr überrascht hat, als die freundlich-zuvorkommende Haltung, mit der er und seine Landsleute in dem gegnerischen Lande empfangen und behandelt werden. Sie erwarteten schlecht verhehlte Bitterkeit, Feindschaft und Unzugänglichkeit und finden ein empressiertes Wohlwollen, das anscheinend nichts davon weiß, daß die Amerikaner im Kriege mit Deutschland gelegen und den Krieg zu ungunsten Deutschlands gewendet haben. Dieser Mangel an nationalem Stolz ist dem Amerikaner der höheren Klassen ebenso unverständlich wie die sorglose Vergnügtheit breiter Volksschichten, die von der Schwere der Ereignisse der letzten Monate schlechthin nichts ahnen läßt. Der Deutsche scheint ihnen weiterzuleben, „als ob nichts geschehen sei“ — höchstens, daß er die Bevorzugung alles Ausländischen noch weiter treibe als bisher. Sie finden ihre geschäftlichen Missionen dadurch über alle Erwartung erleichtert, aber es scheint, daß sie einer anderen Haltung mehr Achtung entgegenbringen würden.

In den Vereinigten Staaten ist die Verfehmung alles Deutschen, nach den Aussagen unseres Gewährsmannes, noch nicht im Abnehmen. Es herrscht lebhafter Bedarf nach deutschen Waren, vor allem hochwertigen Erzeugnissen der Fertigindustrie, aber ein großer Teil der Händler scheint entschlossen, fürs erste keine deutschen Waren zu verkaufen, vor allem die Warenhäuser, die auf die Stimmung des Publikums Rücksicht nehmen müssen. Die englische Greuel-Propaganda hat die öffentliche Meinung völlig vergiftet. Auch unter den gebildeten Amerikanern sind nur wenige nicht davon überzeugt, daß sich die deutschen Soldaten in Belgien und Nordfrankreich wie die Hunnen betragen hätten. Die Erzählungen von bestialischen Verbrechen werden durch angebliche Photographien und durch eidliche Aussagen angeblicher Augenzeugen unterstützt. Es wäre an der Zeit, daß dieser Propaganda durch eine auf die Denkart des amerikanischen Publikums eingestellte Massen-Aufklärung entgegengearbeitet würde. Es sollte möglich sein, die Sympathie der Amerikaner, die während fünf Jahren auf die Leiden der belgischen und nordfranzösischen Kinder konzentriert worden ist, den deutschen Opfern der Hungerblockade zuzuwenden.

Wilson gilt in seinem Lande als geschlagener Mann. Man beschuldigt ihn der Schwäche gegen die europäischen Verbündeten, der Autokratie gegenüber dem Kongreß und dem Volk der Vereinigten Staaten. Die Opposition richtete sich in erster Linie dagegen, daß er sein Land überhaupt in die Angelegenheiten eines andern Kontinents verwickelt hat. Sie lehnt es ab, daß für die Entwirrung europäischer Probleme das Leben amerikanischer Bürger und die stetige Entwicklung der amerikanischen Politik aufs Spiel gesetzt wird, und sieht in dem Zusammenbruch der Wilsonschen Politik den Beweis für die Richtigkeit jener Maxime. Die Gegner fragen, wieviel von den berühmten 14 Punkten übrig geblieben seien ... Wilson habe nicht nur sein eigenes Wort, sondern auch das seines Landes gebrochen.

Die Erbitterung gegen England ist nach den Versicherungen unseres Gewährsmannes in raschem Wachsen begriffen. Der Amerikaner, der schon in der Schule mit Abneigung gegen das Mutterland genährt wird (erst während des Krieges sind die Geschichts-Lehrbücher revidiert worden), verträgt nur schwer, England in der Haltung des Welt-Siegers zu sehen. Streitigkeiten zwischen englischen und amerikanischen Soldaten und Matrosen sind überall an der Tagesordnung, wo beide zusammentreffen Neben dem englischen Hochmut ist es die aktive oder passive Unterstützung der japanischen Ansprüche, die den Amerikaner erbittert. Japan und Mexiko sind ihm die Feinde. Nichts hat, von der Deportation der belgischen und französischen Frauen abgesehen, der deutschen Sache mehr geschadet als die Aufdeckung der deutsch-mexikanisch-japanischen Intriguen gegen die (damals noch nicht mit Deutschland im Krieg befindliche) Union. Der Unterseebootkrieg wäre, nach der Meinung unseres Gewährsmannes, bei geschickterer, weniger zweideutiger Diplomatie, wahrscheinlich hingenommen worden. Die Wiederwahl Wilsons war unter der Devise: He kept us out of war! erfolgt. Das Anspinnen eines Bündnisses mit den Erzfeinden Amerikas hat wirksamer als alles andere den Boden für die amerikanische Kriegserklärung vorbereitet. Deutschland sollte in seiner künftigen Politik beachten, daß die Vereinigten Staaten alle Mächte als Gegner betrachten werden, die sich mit Japan in irgend einer Weise verbünden oder sich auch nur dem japanischen Vordringen in China nicht mit aller Kraft entgegenstellen werden. Es verdient bemerkt zu werden, daß das Interesse der Union an China nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch gefühlsmäßiger Natur ist. Die öffentliche Meinung Amerikas liebt es, ihre Sympathien stets dem unterdrückten Schwachen zuzuwenden. Wenn die deutsche Diplomatie die Vereinigten Staaten umstimmen will, wird sie mit diesem sentimentalen Zug zu rechnen haben.

Gegenwärtig ist man in der Union noch immer davon überzeugt, daß sich weder in der seelischen Verfassung noch in der politischen Methode der Deutschen irgend etwas Wesentliches geändert habe. Solange nicht die Überzeugung geweckt werden kann, daß eine Rückkehr der Hohenzollern ausgeschlossen ist, wird Deutschland mit der gleichen Mischung von Abneigung und Furcht, wie bisher, betrachtet werden. Der Amerikaner versteht nicht, daß man in der Regierung und im diplomatischen Dienst Persönlichkeiten beläßt, die mit dem alten Regime verbunden und mit irgendwelchen Fehlern der Kriegspolitik belastet sind. Es wird eines außerordentlichen Maßes an Aufrichtigkeit und Takt bedürfen, um dieses Mißtrauen mit der Wurzel auszujäten. Vorerst wird alles, was Deutschland unternimmt, bis zum Beweis des Gegenteils als Machination und Intrigue betrachtet werden.

Auf revolutionäre Umwälzungen ist nicht zu rechnen. Löhne und Preise stehen, zum Tageskurse umgerechnet, zum Teil weit über den deutschen. Die Ausfuhr nach Deutschland wird dadurch sehr erschwert, die Einfuhr aus Deutschland erleichtert. Das deutsche Preisniveau hat sich eben dem Stand der Valutakurse noch nicht angepaßt; es ist, zum Teil recht weit, hinter ihrer Steigerung zurückgeblieben. Das tägliche Leben in Deutschland erscheint den Amerikanern infolgedessen, von einigen Waren abgesehen, märchenhaft billig.

— * —

Dänemark

Der „circulus vitiosus" von Lohn- und Preissteigerungen

Kopenhagen, Mitte August.

Ich habe schon früher Gelegenheit gehabt, die beklagenswerte Spannung, die auch in Dänemark zwischen Kapital und Arbeit besteht, zu besprechen, und habe gezeigt, wie die Streiks mit Vorliebe sich in den lebenswichtigsten Wirtschaftszweigen ausbreiten (vgl. Nr. 24 S. 453). Seitdem hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht gebessert. Immer noch sind Streiks an der Tagesordnung, und wenn nicht Streiks, so doch Drohungen mit Arbeitsniederlegung solange, bis die gestellten Forderungen erfüllt sind. Die Industrie steht auf einem Vulkan und lebt in ständiger Unsicherheit, auch wenn geschlossene Abkommen den Arbeitsfrieden für längere Zeit zu versprechen scheinen. Denn es ist jetzt die Zeit der „Wilden Streiks", d. h. Arbeitseinstellungen trotz Übereinkommen oder ohne Kündigung.

Ein deutliches Zeichen für die Bedeutung, welche man dieser Tendenz beimißt, ist die Einsetzung einer Kommission durch die Regierung mit der Aufgabe, die Einhaltung der Arbeitsverträge zu überwachen; diese Maßnahme kennzeichnet besser als lange Beschreibungen den Ernst der Lage. Gleichzeitig ist ein „Sozialrat" gebildet worden, der sich mit der Fortsetzung bzw. Abwicklung der Kriegsgesetzgebung beschäftigt.

Fragt man nach den Ursachen der Unruhen, so muß die Antwort im großen und ganzen ebenso lauten, wie in den anderen Ländern, denn Kriegsmüdigkeit und moralische Abspannung findet man auch bei den Neutralen. Hauptsächlicher Grund bleibt aber immer die Teuerung. Nach den Mitteilungen des statistischen Amtes ist das Preisniveau (für einen Hausstand mit 2000 Kr.) seit Kriegsausbruch bis Juli 1919 um 111% gestiegen. In Norwegen und Schweden ist die Steigerung allerdings noch größer, nämlich 157 und 162 %. Aber in Dänemark hat noch während des vergangenen Halbjahres eine neue bedeutende Erhöhung der Preise stattgefunden, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht:

	Ausgaben für Lebensmittel	Andere Ausgaben	Sämtliche Ausgaben
Juli 1914	100	100	100
Januar 1919	186	193	190
Juli 1919	212	210	211

Man sieht, daß die Steigerung der Ausgaben für Lebensmittel im letzten Halbjahr größer gewesen ist als die Steigerung der Gesamtausgaben. Im Januar war das Verhältnis noch umgekehrt.

In den Vormonaten wurden die meisten Lohnsätze nach der Januarstatistik geregelt; man nahm sogar an, daß das Lohnniveau einige Prozente zu hoch sei. Als dann aber die letzte Statistik herauskam, mußte man feststellen, daß unsere Preise sich noch erhöht hatten.

Die Folge war sofort eine Reihe von höheren Lohnforderungen. Die staatlichen Beamten verrieten bereits wieder ihre Unzufriedenheit, obgleich der Staat ihnen gerade eben erst mit einer durchgreifenden Gehaltsreform entgegenzukommen suchte und in kürzester Frist erschienen die 250 000 Mitglieder des „Samvirkende Fagforbund" mit der Forderung von Teuerungszulagen zu den Tarifen, die kaum ein paar Monate alt waren. Als der Finanzminister Brandes vor einiger Zeit die neuen Steuergesetze vorlegte, erklärte er, daß, wenn man von allen Seiten fortgesetzt höhere Löhne und Teuerungszulagen forderte, man auch wissen müßte, „daß das Finanzjahr mit einem Fehlbetrag von 100 Mill. Kr enden wird, den mit Steuern zu decken, ich keine Möglichkeit sehe." Der Minister erklärte es für seine Pflicht, den Reichstag hierauf aufmerksam zu machen, denn — so sagte er — „das Budget verträgt es nicht und ich kann kein Geld schaffen."

Aus den statistischen Mitteilungen ging weiterhin hervor, daß die Preissteigerung im letzten Halbjahr in hohem Grade auf den Fortfall einer Reihe von preisregulierenden Maßnahmen des Staates und der Gemeinden zurückzuführen ist, ein Vorgang, der nicht ohne Einfluß auf die Forderungen des „Samvirkende Fagforbund" geblieben ist. Dieser verlangte gerade die Politik, vor der der Finanzminister gewarnt hatte: nämlich Aufrechterhaltung der Preisregulierung durch staatliche Zuschüsse; der Verband protestierte gegen „eine Entwicklung, bei der das Preisniveau sich ständig hebt" und forderte das Ministerium auf, „Maßnahmen zu ergreifen oder vorzuschlagen, durch die die Preise für die wichtigsten Unterhaltsmittel: Brot, Margarine, Fett, Fleisch, Kartoffeln, Brennstoffe, Kleider, Wohnungen usw. niedrig gehalten werden, so daß die Arbeiterklasse die Kosten dafür aufbringen kann." Gleichzeitig verlangte man eine angemessene Begrenzung der Aufschläge auf eingeführte Waren, besonders Werkzeuge und Gerätschaften anderer Art, außerdem die Beibehaltung des Verbots des Kettenhandels und anderer Formen des Wuchers, zuletzt aber auch eine Ausfuhrkontrolle, um den eigenen Bedarf des dänischen Volkes sicher zu stellen. Man wies auch auf die Vorgänge in anderen Ländern, namentlich in England und Amerika hin, wo man im Begriffe ist, Kontrollierung und Preisregulierung wieder in verstärktem Maße anzuwenden.

Wie die Regierung hiernach ihre Politik einrichten will, ist im einzelnen noch nicht zu sagen. Auf die Ansuchen des „Fagforbund" antwortete Ministerpräsident Zahle, daß die geforderten Maßnahmen in Erwägung gezogen würden, daß der Kettenhandel bekämpft und eine Trustgesetzgebung gefördert werden solle, um eine künstliche Warenverteuerung zu verhindern, und daß man — innerhalb der Grenzen staatlicher Macht — ständig bestrebt sein würde, auch auf andere Weise der Preissteigerung von Nahrungsmitteln entgegenzuwirken.

Die finanzielle Seite der Sache ist eine Frage von größter Tragweite für den Staat und damit auch für seine Bürger, die sicher mit neuen Steuern zu rechnen haben werden. Aber größeres Interesse knüpft sich noch an den Fragenkomplex, der durch die beiden Worte: Preissteigerung und Lohnsteigerung bezeichnet wird. Kaum steigen die Preise, so steigen die Löhne; kaum steigen die Löhne, so steigen die Preise. Die Entwicklung geht mit einer reißenden und gefährlichen Hast vorwärts, und auch die Allgemeinheit scheint sich jetzt dieser Tatsachen bewußt zu werden. So stellte „Finanstidende" vor 14 Tagen die Frage auf: Ist es richtig, daß die Löhne verdoppelt werden müssen, weil die Preise um 100 % gestiegen sind? „Man kann", so schrieb das Blatt, „folgendes Problem aufwerfen: Wenn die Preise verdoppelt werden und das Nationalvermögen 1914 12 Milliarden ausmachte, muß es jetzt 24 Milliarden betragen, wenn kein Rückgang stattgefunden hat. Ist das der Fall? Ist das Nationalvermögen so groß? Die Anzahl der Wohnungen hat in diesem Jahre nicht normal zugenommen, die alten Gebäude verlieren an Wert. In den Wäldern hat man Raubbau betrieben. Die Fruchtbarkeit des

Ackerlandes ist zurückgegangen. Die Viehbestände sind vermindert. Die Handelsflotte ist reduziert. Die Produktionskraft der Industrie ist gehemmt. Dagegen ist die Bevölkerungsziffer gestiegen und damit die Menge der Verbraucher gewachsen. Der allgemeine Wohlstandsdurchschnitt ist unseres Erachtens tief gesunken, — aber wie tief? Kann man sagen: etwa um 25 %? Sollte dies der Fall sein, so wäre es verkehrt, den breiten Massen der Verbraucher dieselbe Kaufkraft wie im Jahre 1914 in die Hand zu geben. Denn was würde die Folge sein? Ganz automatisch werden die Preise steigen, bis die Kaufkraft heruntergeht, und so wird es beibleiben, bis der Zusammenbruch erfolgt. Was man jetzt versucht, ist, den Verbrauch in derselben Höhe zu halten, wie im Jahre 1914, obwohl die feste Grundlage dafür fehlt. Man kämpft einen Kampf auf einer schiefen Ebene".

Seitdem die letzte Teuerungsstatistik erschienen ist und mit ihr die neuen Lohnforderungen kamen, steht diese Frage im Mittelpunkt der Presseerörterungen. Kürzlich schrieb z. B. „Berlingske Tidende", daß die Antwort auf die Statistik schnell in der Form der neuen Forderungen des „Samvirkende Fagforbund" nach mehr Lohn und mehr Teuerungszulagen gekommen sei. Noch gefährlicher, wenn nicht völlig trostlos, erscheint das Bild der augenblicklichen Lage, wenn man die Überzeugung gewinnt, daß „schon das gegenwärtige Lohnniveau eine Gefahr für manche Industrien bildet". Die Tageszeitung „Börsen" schrieb: „Wenn von 250 000 Arbeitern, d. h. praktisch von der gesamten Arbeiterschaft des Landes, neue, bedeutende Zulagen dieser Art gefordert werden, so ist die Erfüllung solcher Wünsche gleichbedeutend mit einer Verteuerung der Produktion, die wiederum unumgänglich auf das Preisniveau zurückwirkt und dasselbe stark hebt." Selbst die radikale „Politiken" schrieb: „Weder der Beamte noch der Arbeiter ist besser gestellt, wenn er 1000 Kr mehr im Jahre erhält, da er sie doch nur sofort wieder für Fleisch und Kleider, die er nötig braucht, ausgeben muß.

Es handelt sich darum, ein wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Dies aber bewirkt man nicht mit Lohnerhöhungen, die im selben Augenblick mit neuen Preissteigerungen beantwortet werden."

Aber wie ist das Ziel zu erreichen? Die Aufgabe ist nicht allein in Dänemark zu lösen, vielmehr sucht man das Mittel zu ihrer Lösung überall in vergrößerter Produktion und Sparsamkeit im Verbrauch. Diesen Weg hat auch das dänische Volk zu betreten. Die Übergangszeit fordert schon an und für sich Arbeit und Sparsamkeit. Die Wirtschaft soll sich erneuern, die Steuern müssen bezahlt und die fremde Konkurrenz zur rechten Zeit ferngehalten werden. Es kommt noch hinzu, daß die ausländische Zahlungsbilanz in letzter Zeit Grund zu Befürchtungen gibt, denn die Einfuhr im ersten Halbjahr 1919 belief sich auf 1007 Mill. Kr., während die Ausfuhr nur eine Höhe von 282 Mill. erreichte. Diesen Unterschuß zu decken, können nur Arbeit und Sparsamkeit helfen; wenn aber der gegenwärtige Wettlauf zwischen Löhnen und Preisen sich fortsetzt, so bricht die Kapitalkraft des Landes zusammen und das Bild der Zukunft sieht trübe aus.

Ernst Woldbye

England

Handelspolitik und Außenhandel — Nahrungsmittel- und Arbeiterprobleme — Geldmarkt, Banken und Börse

Am 28. Juli beantwortete Sir Auckland Geddes im Unterhaus eine Anfrage über die zukünftige Gestaltung der Handelspolitik mit der Mitteilung, daß bis zum Ende des Jahres keine Erhöhung der Zolltarife und keine Einschränkungen des Handels über die jetzt bestehenden hinaus zur Durchführung gelangen würden. Es ist kaum anzunehmen, daß er damit die stürmischen Anfragen befriedigt hat, aber nach wie vor scheut sich die Regierung, ihre Politik offen mit dem richtigen Namen zu nennen, da sie die weitverbreitete Antipathie gegen das Wort Schutzzoll fürchtet. Das haben ihr wiederum zwei Nachwahlen mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben. In der einen ist zwar der Regierungsvertreter noch durchgekommen, hat aber erheblich an Stimmen eingebüßt, in der anderen ist er geschlagen worden. Der Umstand, daß auch die Wahlkreise nicht mehr sicher sind, die früher als unbedingt fester Besitz der Koalition galten, wird einen gewissen Einfluß auf die eventuelle Neugestaltung des Friedenskabinetts ausüben. Nach altem Brauch müssen Parlamentsmitglieder, die in die Regierung eintreten, von ihrer Wählerschaft neu bestätigt werden. Dieser Brauch ist nun freilich durch die Reelection of Ministries Act vom Februar 1919 für eine Frist von 9 Monaten nach Parlamentswahlen aufgehoben worden. Dieser Vorteil wird indessen Lloyd George für die Bildung seines Friedenskabinetts nur dann zu statten kommen, wenn er sie bis zum 25. August durchgeführt hat. Da das kaum zu erwarten ist, nimmt man jetzt an, daß höchstens eine Umgruppierung der Portefeuilles eventuell unter gleichzeitiger Verminderung der Ämter zu erwarten ist. So sprechen also alle Anzeichen dafür, daß die neomerkantilistische Politik auch im neuen Kabinett fortgeführt werden wird.

Inzwischen geht alles seinen alten Lauf weiter. Ein- und Ausfuhr stehen wiederum höher als im Vormonat (Beträge in Mill. £):

	Gesamteinfuhr	Wiederausfuhr	Nettoeinfuhr	Brit. Ausfuhr
Juli 1919	153,14	11,76	141,38	65,32
„ 1918	79,14	2,02	77,12	43,65
Juni 1919	122,95	11,95	111,00	64,56
„ 1918	111,54	2,1	99,44	45,03

In den Außenhandels-Nachweisen verdient die Rubrik der Fettwaren besonderes Interesse. (Mengen in 1000 ctw):

	Juli 1919	Juli 1918	Juni 1919
Speck	1122	1301	738
Butter	131	56	93
Margarine	61	?	68
Käse	218	393	104

Man sieht, daß die Einfuhr an einigen Fettarten sogar hinter denen des Vorjahres zurückbleibt, wenngleich gegenüber Juni eine starke Steigerung stattgefunden hat; diese scheint aber nicht genügt zu haben, um den Bedarf sicherzustellen. Der Nahrungsmittelkontrolleur hat die Kontrolle über Fettwaren wieder aufgenommen, die seit dem Frühling letzten Jahres beseitigt war; die Großhändler und die Detaillisten bekommen danach bestimmte Zuweisungen, die Verbraucher selbst sind nicht an bestimmte Händler gebunden.

Für Fleisch und Brot stehen Preiserhöhungen zu erwarten; bezgl. Fleisch liegen die Ursachen in der Knappheit, hinsichtlich des Brots vor allem auch in den Herstellungskosten. Angekündigt ist eine Erhöhung von ½ d je 9 d loaf (Brot von 4 engl. ℔); eine Berechtigung hätte diese Erhöhung wohl an sich in der Tatsache finden können, daß der Zuschuß der Regierung auf Brotgetreide im letzten Finanzjahr 47 Mill. £ betragen hat. Von diesem Getreide ist, nebenbei bemerkt, ein erheblicher Teil nicht zum Verbacken von Brot verwandt worden. Man schätzt vielmehr, daß 14,5 Mill. £ von der Subvention nicht dem Brot, sondern Zucker- und Konditoreiwaren aller Art zugute gekommen sind. Die unmittelbare Veranlassung zu der Brotpreiserhöhung ist jedoch in den Folgen des Bäckerstreiks zu suchen, der mit einer Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Nachtarbeit usw. endigte. Weiter hebt eine Verordnung eine Reihe von Beschränkungen auf, die bis jetzt die Brotbewirtschaftung begleiteten. Danach gelten keine wesentlichen Beschränkungen mehr für das Backen von Brot, Verwendung von Zutaten, Zeit der Ablieferung, Form und Gewicht. Für die übrigen Produkte, die unter Kontrolle des Nahrungsmittelkontrolleurs standen, macht ein kürzlich veröffentlichtes Weißbuch nicht uninteressante Mitteilungen über die erzielten Gewinne, die in nachstehender Tabelle wiedergegeben seien (Beträge in 1000 £):

	Gewinn	Verlust
Milchprodukte	1 274	—
Butter- nnd Käseeinfuhr	1 837	—
Fleischversorgung	18	—
Öle und Ölsaatversorgung	1 297	—
Öle und Fette	4 093	—
Viehfutter	141	—
Margarineclearinghouse	579	—
Tee	1 000	—
Getrocknetes Obst usw.	6	—
Speck, Schinken und Schmalz	2 893	—
Gemüse und Gemüsekonserven	—	12
Obst und Obstkonserven	33	—
Fisch, Geflügel und Wild	278	—
Zentralviehvorräte	10	—
Reingewinn	13 446	

Da die Kontrolle ohne jeden Verlust arbeiten sollte, hatte man mit Rücksicht auf erwartete Preisrückgänge nach Abschluß des Friedens vorsorglich die Preise etwas höher gesetzt. Bei den hochbleibenden Preisen ergeben sich daher jetzt für alle Abteilungen, mit Ausnahme von Gemüse, beträchtliche Überschüsse.

Um den unregelmäßigen Preisgestaltungen in den wichtigsten Bedürfnissen des täglichen Lebens gerecht werden zu können, sind zurzeit in England in einigen Betrieben Tarifverträge mit den Arbeitern abgeschlossen worden, die eine gleitende Lohnskala an der Hand von Indexzahlen vorsehen. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Färbereiindustrie in Yorkshire und die Bleichereiindustrie von Lancashire. Diese Verträge legen ihren Berechnungen die Daten der „Labour Gazette" zugrunde, und sehen ein Lohnminimum vor, das höher ist, als die vor dem Krieg gezahlten Löhne. Auch ein Finanzinstitut, die South African Gold Trust Co., hat eine gleitende Lohnskala eingeführt, die die Sauerbeckschen Indexzahlen des „Statist" zugrunde legt. Es handelt sich hierbei offenbar um Anfänge und Versuche in einer neuen Richtung vorzugehen. Ob sie viel Nachahmung finden werden, vermag man noch nicht zu sagen.

Die Maßregel ist als Anfang des Abbaus der hohen Kriegslöhne zweifellos zu begrüßen, bringt aber ein Moment der Unsicherheit in die Kalkulation und es ist die Frage, ob die Arbeiter gegebenenfalls eine Verminderung der Löhne ruhig hinnehmen werden. Jetzt wenigstens ist ihre Stimmung nicht derart, daß man das annehmen könnte. Sie ist neuerdings durch die Erhöhung des Kohlenpreises um 6 s und die Ablehnung der Sankeyvorschläge betreffs Verstaatlichung des Kohlenbergbaus durch die Regierung aufs schärfste gereizt.

Die Erhöhung des Kohlenpreises wird die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie gegenüber dem amerikanischen Wettbewerb weiter erschweren. Schon jetzt gelangen zahlreiche Mitteilungen nach Deutschland, die darüber berichten, daß die englische Eisen- und Stahlindustrie die Konkurrenz von jenseits des Ozeans sogar auf dem Heimatmarkt aufs schwerste empfindet. So erfährt man aus einer Anfrage im Parlament vom 17. Juli, daß die Gemeinde Glasgow gezwungen war, 5000 tons Stahlschienen, die einen Wert von über 100 000 £ respräsentieren, aus Amerika zu beziehen, weil die heimische Industrie sie nicht vor dem Winter zu liefern vermochte und zudem einen Preis verlangte, der (im Falle des billigsten Angebotes) um 10 % über den amerikanischen Preis hinausging. Aus einer Zuschrift der Drahtfabrik Hirst, Bros. and Sons Ltd. in Brighouse (Yorkshire) an die „Morningpost" erfährt man, daß amerikanische Drahtstifte je ton zu 4 bis 7 £ billiger von Amerika angeboten werden, als die englische Industrie sie herzustellen vermag. Kein Wunder, daß man in industrieellen Kreisen laut nach Schutz verlangt, und dieser Schutz soll in einer Antidumping-Gesetzgebung bestehen. Wohl gemerkt, handelt es sich hierbei aber garnicht um Dumping, sondern ausschließlich um eine Konkurrenz, die sich auf bessere Produktionsmöglichkeiten stützt, gegen die also mit einer Antidumping-Gesetzgebung nichts auszurichten ist. So lange in England fortgesetzt Steigerung in den Löhnen, Steigerung in den Lebensmittelpreisen und Verminderung der Produktion anhalten, wird eine wirksame Aufnahme der Konkurrenz mit Amerika nicht möglich sein. Die nächste Zukunft gewährt jedenfalls wenig Hoffnung, da die Gefahr einer schweren Kohlenkrise droht. Die Kohlenproduktion ist auf dem Standpunkt angelangt, daß die Belieferung der Industrie nur im Umfang des letzten Jahres vorgenommen werden kann und somit eine Reihe Werke stillgelegt werden müssen, die man nach Friedensschluß wieder in Gang gesetzt hatte.

*

In der letzten Woche des Juli hat die Londoner City einen ihrer bedeutendsten Männer verloren. Sir Edward Holden, Direktor der London Joint City and Midlands Bank, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Er hat nicht nur seine Bank zu dem gemacht, was sie jetzt ist, er hat das ganze englische Depositenbankwesen maßgebend beeinflußt. Die gewaltige Fusionsbewegung der letzten Jahre ist auf seinen Einfluß zurückzuführen. Seinem selbstherrlichen und unbeugsamen Charakter ist es aber auch zuzuschreiben, daß sie in allerjüngster Zeit zum Stehen gekommen ist und daß keine Vereinigung unter den fünf gewaltigen jetzt bestehenden Bankkonzernen erzielt wurde. Noch vor wenigen Wochen hat sein Einspruch bewirkt, daß die Regierung ihre Absicht, die Friedensanleihe zum Teil durch die Banken zeichnen zu lassen, nicht verwirklicht hat. Damit hat er sich zweifellos die City und die Bankwelt sehr verpflichtet, aber Chamberlain wird ihm kaum dankbar gewesen sein, denn die Lage des Schatzamtes ist geradezu trostlos.

Am 7. August hielt Austen Chamberlain eine viel beachtete Rede über die Finanzlage. Unter anderem sagte er: Wenn England fortführe, Ausgaben zu machen, wie es bisher der Fall gewesen sei, würde das geradeswegs

zum Nationalbankerott führen. Sowohl die Ausgaben müßten vermindert, wie auch die Produktion gesteigert werden. Allein könne weder das eine noch das andere genügen. Auch die Budgetaussichten seien ungünstiger, als vor einem Vierteljahr erwartet. Beide Seiten des Hauptbuches hätten seinen Voranschlag als irrig erwiesen. Insbesondere die Ausgaben für Heer und Flotte seien größer, da die Demobilmachung nicht so rasch von statten gehe, wie beabsichtigt. Auch die Polizei beanspruche mehr, als man veranschlagt habe. Bei anderen Posten sei es nicht anders. Die Nahrungsmittelkontrolle müsse beibehalten werden. Die Einnahmen blieben ebenfalls hinter dem Voranschlag zurück. Ganz abgesehen von den Steuern usw. ließen sich die Bestände der Regierung nicht so vorteilhaft und schnell realisieren, wie man gehofft hätte.

Besonders beachtenswert in Chamberleins Rede war, daß er ankündigte, das nächste Jahr werde vielleicht noch neue Steuern erforderlich machen. Heute betragen die täglichen Ausgaben der englischen Regierung noch immer 4,4 Mill. £. Die schlechte Lage des Etats hat verhindert, daß man den Verbündeten und Europa überhaupt die notwendigen Vorschüsse zum Wiederaufbau machen konnte, sehr zum Nachteil für den englischen Handel. Man hat ferner und das ist noch bedeutsamer, nach deutschen Meldungen allem Anschein nach mit den Vereinigten Staaten Verhandlungen für eine Abtretung Westindiens als Teilzahlung auf die englische Schuld angeknüpft und wenngleich diese Meldung von Lansing dementiert worden ist, so steht doch fest, daß mit Kanada Verhandlungen schweben, die eine Übertragung der Erschließung von Britisch-Neuguiana an dieses Dominion zum Ziel haben. Die Maßregel wird in der „Times" damit begründet, daß die Vereinigten Staaten über den Ankauf von Holländisch-Guiana verhandelten und dieses Land dann zweifellos einer Erschließung und einer Periode der Prosperität entgegengehen würde. Es sei aber nicht angängig, Britisch-Guiana in diesem Falle zu vernachlässigen und England sei jetzt finanziell nicht in der Lage, Gelder auf seine Kolonien zu verwenden. Ein Armutszeugnis sondergleichen!

In gewissem Widerspruch hierzu steht scheinbar ein Projekt des Handelsamts, wonach die Finanzierung des Handels in geeigneten Fällen durch den Staat geplant wird. Einzelheiten sind indessen noch nicht bekannt und es scheint fraglich, ob etwas aus dieser Sache wird, zumal der Plan in der City auf Widerspruch stößt. Man ist der Ansicht, daß dieses Feld dem Handel überlassen bleiben solle.

Der Umstand, daß die neuen Schatzwechsel, die seit Beendigung der Anleihezeichnung wieder aufliegen, den neuen Satz von 4 % (gegen früher 3½) für sechsmonatliche Abschnitte aufweisen, wurde im Markt so aufgefaßt, daß das Geld im Verlauf des Jahres teurer werden würde. Das unterliegt wohl keinem Zweifel, wenngleich heute noch der Geldmarkt sein altes, langweiliges Gesicht zeigt. Änderungen in den offiziellen Sätzen sind im übrigen nicht eingetreten, dagegen hat die Bank von England ihre Zinszahlung auf Depositen für dreitägiges Geld eingestellt und die Beschränkung für die Banken bezüglich der Höhe der auf Depositen zu zahlenden Zinsen ist aufgehoben worden. Die Maßregel wurde s. Zt. eingeführt, um eine Konkurrenz zwischen Depositenanlagen und Schatzwechseln zu vermeiden. Die Depositenbanken haben indessen von ihrem neuen Recht keinen Gebrauch gemacht; dagegen haben die Diskonthäuser ihren Depositenzinsfuß für Geld auf 7 und 14 Tage auf 3¼ erhöht. Handelswechsel waren weiter sehr gesucht und erzielten etwas bessere Preise als Schatzwechsel.

Ganz besonders beunruhigend sind im Juli die Bewegungen der Devisenkurse gewesen; während Paris und Belgien fortgesetzt schwach waren (Paris stieg bis über 31 fr für 1 £ und Brüssel über 32,30 fr), war der Wechselkurs auf Newyork außerordentlich ungünstig für London und erreichte einen Tiefstand, wie man ihn überhaupt noch nicht gesehen hat (4,27 $ für 1 £). Gegen Ende d. Mts. war er mit 4,35 $ etwas erholt. Man versuchte sich zunächst einzureden, daß die Schwäche des £ in Newyork nnd Kanada darauf zurückzuführen sei, daß in Amerika der Geldmarkt äußerst angespannt war, doch wurden bis 20 % für kurzes Geld bezahlt, Goldversendungen nach allen Teilen der Welt gemacht und naturgemäß von überall Außenstände eingezogen, aber im Verlauf der Zeit gelangte man doch zu der Einsicht, und die Londoner Handelskammer sprach es offen aus, daß das £ schwach bleiben müsse, solange die Produktion des Landes nicht gesteigert werden würde. Der schlechte Kurs der Mark (sie wird seit dem 7. August wieder notiert und wurde am ersten Tage mit 72 bis 74 ℳ je £ gehandelt), gestattete es unterdessen, daß Deutschland den Export nach England wieder aufnimmt. Solinger Stahlwaren und vor allem Spelter werden zunächst genannt; die billigen deutschen Spelterverkäufe sollen den ganzen Markt für Zink schwach gestimmt haben; infolge des Tiefstands des £ ist auch der Silberpreis weiter gestiegen und eine weitere Anpassung der Rupie ist nötig geworden. Es werden jetzt 22 d (gegen 20 d) je Rupie gezahlt.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß zur Förderung des englischen Handels mit Finnland die Anglo-Finnische Bank gegründet und am 28. Juli ins Handelsregister eingetragen wurde. Die Unsicherheit in den Wechselkursen der baltischen Länder wird ihr eine wichtige Aufgabe zuteil werden lassen und die reichen Holzbestände Finnlands werden ihr ein weites Tätigkeitsgebiet eröffnen. Von Interesse ist ferner die Riesenemission der British Dyestuffs Corporation von 5 Mill. £, deren Erfolg jedoch, wie schon ähnliche Emissionen der gleichen Gesellschaft bzw. ihrer Vorgängerin, der British Dyes Ltd., zu wünschen übrig zu lassen scheint. Die Kohlenstreiks in Yorkshire haben u. a. die Zeichnung ungünstig beeinflußt.

Überhaupt litt das Börsengeschäft während des ganzen Monats Juli unter den trüben Aussichten der heimischen Arbeiterfrage und insbesondere des Kohlenproblems. Die Anteile aller Unternehmen, die unter einer Erhöhung des Kohlenpreises zu leiden haben, insbesondere die Eisenbahnen, waren schwach; die Ankündigung, daß die Kohlenpreiserhöhung um 3 Monate verschoben werden sollte, hatte eine freudigere Stimmung aufkommen lassen, der die Enttäuschung aber bald auf dem Fuße folgte. So konnte die langersehnte Erholung, die man nach Beendigung der Zeichnung auf die Kriegsanleihe erhofft hatte, nicht eintreten. Wenngleich wohl die Zusammenstellung des „Bankers Magazine" für 387 führende Papiere einen Kurswert von 2 731 227 000 £, gegen 2 727 906 000 £ im Vormonat (+ 3 321 000) aufweist, so beruht diese Preissteigerung ausschließlich auf den Werten, die mit dem englischen Markt und der englischen Volkswirtschaft nichts zu tun haben. Argentinier, Kanadier, Amerikaner waren fest. Ölaktien waren zeitweilig äußerst gefragt und wiesen vorübergehend Rekordpreise auf. Kautschukwerte waren infolge einer leichten Besserung des Kautschukpreises ebenfalls etwas erholt. Dagegen waren Russen nach Koltschaks Mißerfolgen sehr schwach; 5%ige Russen notierten unter 50, später sogar 46, so daß man an ihnen, wie der Börsenwitz sagt, ein 10%iges Papier hätte, wenn sie zahlten. *Dr. Th. Plaut*

Belgien

Außenhandelsstatistik — Stahltrust — Eisenbahnverwaltung — Zollpolitik — Der Kanal Gent-Terneuzen

Als Ergänzung zu der Produktionsstatistik in Nr. 32 S. 612 geben wir noch einige Angaben über den belgischen Außenhandel. Die Ein- und Ausfuhr von schwerindustriellen Erzeugnissen im Mai dieses Jahres betrug (in t):

	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr	Ausfuhr
Eisenerze	35900	—	Träger	1200	—
Roheisen	10600	600	Schienen	2300	—
Brammen u. Barren	4300	—	Eisenblechen	500	600
Knüppel u. Platinen	2000	—	Stabeisen	3900	1000
Kohle	6200	605000	Draht	100	—
Koks	—	60900	Drahtstrecken	300	—
Briketts	100	63500	Röhren	300	—
Bearbeitetes Eisen	100	200	Nägel	—	100

Die Nahrungsmitteleinfuhr betrug während der fünf ersten Monate dieses Jahres, ohne die für Rechnung des „Comité National de secours et d'alimentation" eingeführten Waren:

I. Lebende Tiere

	Kopfzahl	Gewicht in t		Kopfzahl	Gewicht in t
Pferde	523	204,2	Schweine	1027	36,4
Rinder	8102	3670,9	Geflügel	—	3,9
Schafe	2234	79,4	Sonstige	—	55,0
Ziegen	12	0,4			

II. Nahrungsmittel und Getränke

	Gewicht		Gewicht
Fleisch, Salzfleisch, Wild, Konserv. usw.	20 186,5 t	Gewürze	901,9 t
Milch	6 322 hl	Öle	2340,6 „
Butter, Käse usw.	5 711,5 t	Konserven	1 187,0 „
Fische, Krebse, Muscheln usw.	26 589,8 „	Chicorée (grüne od. trockn. Wurzeln)	541,8 „
Eier	1 920 056 St. 104,8 „	Chicorée (gebrannt, gemahl. u. dergl.)	576,8 „
Honig	240,8 „	Salz	13 264,9 „
Getreide, Mehl, Malz usw.	46 218,8 „	Essig und dergl.	748 hl
Gemüse	8 281,6 „	Fette	12 117,3 t
Frisch. Obst	24 085,8	Sonstige	3 188,6 „
Getr. „	3 402,3 27 488,1 „	Gegor. Getränke:	
Kaffee	19 132,0 „	Wein	185 673 hl
Kakao, Schokol. usw.	3 753,3 „	Bier	22 907 „
Tee	243,1 „	Destillierte Getränke	15 „
Zucker	677,8 „	Sonstige	1 075 „

Es ist ohne Zweifel, daß diese starke Einfuhr von Lebensmitteln viel dazu beigetragen hat, die seit dem Waffenstillstand unter der belgischen Industriearbeiterschaft im allgemeinen herrschende Ruhe zu bewahren, so daß die Arbeiterfragen zur Zeit etwas hinter den sonstigen Aufgaben der Industrie zurückgetreten sind. Von besonderer Wichtigkeit ist hier die zur Sprache stehende Gründung eines Stahltrusts, die von der Société Ongrée-Marihaye ausgeht. Eine Versammlung der hauptsächlichen Eisenindustriellen hat bereits stattgefunden, um sich über das Projekt zu verständigen und vor allem festzustellen, welche Vorteile die Bildung des Trusts für die Gestaltung der Einstands- und Verkaufspreise haben würde; letztere könnten erheblich heruntergehen, ohne die infolge des wiedereinsetzenden Friedensgeschäfts zu erwartenden Gewinne zu beeinträchtigen. Man hat nach einem Schlüssel gesucht, um den Wert der finanziellen und industriellen Beteiligung der angeschlossenen Werke festzustellen, da der Trust, dessen Kapital man auf 300 Mill. fr festsetzen will, die Aktiva und Passiva jedes seiner Mitglieder übernehmen soll. Die Festsetzung der Wertbeteiligung der einzelnen Werke hat jedoch zu Schwierigkeiten geführt und eine zweite Sitzung unter der Leitung der Société Générale nötig gemacht, da die Société Ongrée und die Providence eine besondere Vorzugsbehandlung für ihre Erzbergwerke und Minenkonzessionen verlangen; besondere Sachverständige sollen den Wert dieser Besitzungen abschätzen. Nur zwei wichtige Werke, wenn auch nicht allerersten Ranges, wollen an dem Trust nicht teilnehmen.

Die Regierung hat der Kammer einen eiligen Gesetzentwurf vorgelegt betreffend der Überführung von Verwaltung und Betrieb der Staatsbahnen in eine autonome Verwaltung, die als „nationale Regie" gedacht ist. Der Betrieb der Bahnen durch den Staat hat in Belgien schlechte Ergebnisse gehabt, und schon 1846 hatte man eingesehen, daß es für die Bahnen, entsprechend ihrer Doppelnatur als industrielles und gleichzeitig gemeinnütziges Unternehmen, nicht möglich wäre, dieselbe Verfassung einzuführen, wie für die übrigen Verwaltungszweige. Man hatte dementsprechend ein Übergangs-Regime geschaffen, das dann allerdings bis 1914 in Kraft geblieben ist. Heute verlangt nun die Regierung für die Bahnverwaltung die finanzielle Autonomie nach dem Vorbild der Leitung der schweizerischen Bundesbahnen. Zu diesem Zweck soll eine Art Aktien-Gesellschaft gegründet werden, deren einziger Aktionär der Staat sein würde und deren Leitung unter Verantwortlichkeit des Eisenbahnministers durch einen Aufsichtsrat erfolgen soll. Das Parlament wird die Aufsicht über die Regie ausüben, die zur Rechenschaftslegung in der Art großer industrieller Betriebe verpflichtet ist. Die Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnen sollen aus dem Budget verschwinden und nicht mehr das Bild der staatlichen Einnahmen und Ausgaben trüben. Die Regie soll die Aktiva und Passiva der Eisenbahnen, so wie sie jetzt beim Ausgang des Krieges bestehen, übernehmen und gilt als Schuldnerin des Staates für das Anlagekapital. Die Stellung der Angestellten wird der der „agents de l'Etat" angenähert mit Einrichtung von Wohlfahrts- und schiedsrichterlichen Ausschüssen.

Die Kammer hat einen Sonderausschuß eingesetzt zur Prüfung der Grundlagen, auf denen sich die künftige Zollpolitik aufbauen soll, um Handel und Industrie in gleicher Weise förderlich zu sein. Der Ausschuß hat sich für den freien Handel ausgesprochen, der allerdings im Verkehr mit den Mittelmächten erst wieder Platz greifen soll, wenn diese die Entschädigungssummen gezahlt haben. Es ist bei dieser Gelegenheit nicht ohne Interesse, in großen Zügen den belgischen Zolltarif zu erklären. Er geht aus von einer sehr mäßigen Schutzzollpolitik und umfaßt nur eine einzige Reihe von Zöllen. Diese, die dem französischen Minimaltarif entsprechen, finden Anwendung gegenüber allen Nationen, die Belgien die Meistbegünstigung in Handel, Schiffahrt und Zollpolitik gewähren. Im Verkehr mit den anderen Ländern ist die Regierung ermächtigt, die Sätze dieses Tarifs um 50% zu erhöhen, oder, wenn es sich um zollfreie Ware handelt, einen Wertzoll von 15 % bzw. einen entsprechenden spezifischen Zoll auf der Basis des Durchschnittswertes festzusetzen. Die Wertzölle haben lange Zeit einen bedeutenden Platz im belgischen Zolltarif eingenommen. Im Laufe der letzen Jahre vor dem Krieg wurden sie dann zum großen Teil durch spezifische Zölle ersetzt, ohne daß sie darum an Wichtigkeit eingebüßt hätten. Der Satz beträgt im allgemeinen 10%, übersteigt nirgends 20% und sinkt gelegentlich auf 5% herunter. Der zu deklarierende Zoll ist der Warenwert am Ursprungs- oder Herstellungsort.

Unter den mit der Revision der Verträge von 1839 zusammenhängenden Fragen gebührt ein besonderes Interesse dem Verlangen Belgiens, den Kanal Gent-Terneuzen in belgische Hoheit zu überführen. Gent ist nach Antwerpen der wichtigste Hafen Belgiens und die erste Industriestadt des Landes. Schon vor der Trennung von Holland (1827) war es mit der Schelde bei Terneuzen durch einen Kanal von etwa 20 km Länge verbunden; dieser entfiel nach der Trennung zu ungefähr gleichen Teilen an Belgien und Holland. Die Entwicklung des Genter Seeverkehrs erfuhr hierdurch eine empfindliche Erschwerung. Die belgische Regierung hatte sich 1870 entschlossen, den Kanal zu verbreitern und begann mit den Arbeiten dazu auf belgischem Gebiet, konnte aber erst nach 8jährigen mühevollen Verhandlungen eine Einigung mit Holland erzielen. 1895 wurden diese Verhandlungen fortgesetzt mit dem Ergebnis, daß Belgien die Kosten für den ganzen Kanal zu tragen hatte und daß Holland naturgemäß die Hoheit über den Unterlauf des Kanals behielt. Die Frage ist also mit diesem Kanal genau dieselbe, wie mit dem Schelde- und dem Maaskanal. *P. M.*

Portugal

Der neue Präsident und die innerpolitische Lage — Streikfieber und soziale Regierungsmaßnahmen

Antonio José d'Almeida, den der Kongreß am 8. August zum Präsidenten der Republik gewählt hat, ist der portugiesischen Öffentlichkeit kein Unbekannter. Von Beruf Arzt, widmete er sich schon in jungen Jahren ganz der Politik und spielt seit langer Zeit im politischen Leben Portugals eine führende Rolle. Zu Zeiten der Monarchie ein bekannter republikanischer Agitator, dessen Verhaftung und Verurteilung im Januar 1908 wesentlich mit den Sturz des Königtums beschleunigen half, gründete er nach dem Siege des republikanischen Gedankens die heute noch in der portugiesischen Innenpolitik einen wichtigen Faktor darstellende Evolutionisten-Partei, als deren eigentliche Seele und Leiter der mit glänzender Eloquenz und feinem Instinkt für die Massenpsyche begabte d'Almeida oftmals hervorgetreten ist. Bei Eintritt Portugals in den Krieg übertrug man ihm das Präsidium des damals gebildeten „nationalen" Koalitionskabinetts. Seine jetzige Wahl zum Staatsoberhaupt ist nach zwei Richtungen hin bedeutsam. Einmal kennzeichnet sie die anscheinend völlige Wiederinbesitznahme der öffentlichen Gewalten durch die linksstehenden Parteien und damit wohl oder übel ein Weitersegeln in englischem Kurse auf Grund des „Bundes"- sprich Vasallitäsverhältnisses zu England, wohingegen man sich in innerpolitischer Hinsicht von dem weitreichenden Einfluß d'Almeidas auf die Massen vielleicht eine dringend nötige Beruhigung der heillos verworrenen inneren Lage Portugals erhofft.

Die Rückkehr der Linksparteien zur Macht hat sich verhältnismäßig ruhig vollzogen. Nach der Demission des republikanischen Konzentrationsministeriums Relvas, dem von vornherein eine nur kurze Lebensdauer vorausgesagt werden konnte, lösten sich in rascher Folge bereits wieder zwei Kabinette ab, deren Zusammensetzung schon auf eine ständig stärkere Wiederbeteiligung der Radikaldemokraten und Evolutionisten an der Regierung hinwies. Auch die am 11. Mai vollzogenen Parlamentswahlen ergaben unter diesen Umständen dank den üblichen Mitteln des Stimmenkaufs, der Bestechung und amtlicher Wahlbeeinflussung eine überwältigende Mehrheit für die Linke. Die Monarchisten hatten überhaupt keine Kandidaten aufgestellt. Die Klerikalen brachten nur einen einzigen Abgeordneten durch. Auch die Erfolge der Zentristenpartei unter Dr. Egas Moniz, der in gewissem Sinne das politische Vermächtnis Sidonio Paes' angetreten zu haben scheint, waren nur gering. Mit dem seit Ermordung Paes' interimistisch das Amt des Staatspräsidenten bekleidenden Canto e Castro verschwindet der letzte amtliche Repräsentant der Sidonistenepisode von der politischen Bildfläche. Die Stellung der alten Machthaber des republikanischen Portugal scheint also nach außen hin fürs erste wieder leidlich fest begründet zu sein.

In das von ihnen regierte Land ist darum aber noch längst keine Ruhe eingezogen. Seit Monaten wird der portugiesische Volkskörper von einem Streikfieber geschüttelt, das nicht nur alle Hoffnungen und Kräfte für den Wiederaufbau eines geordneten Wirtschaftslebens lähmt, sondern bei noch längerem Andauern den Bestand Portugals als eines seine inneren Angelegenheiten selbst bestimmenden Staates ernstlich in Frage zu stellen droht. Seit dem in diesem Jahre durch besondere Demonstrationen gefeierten 1. Mai gibt es in Portugal so gut wie keine Arbeiter-, Angestellten-, Kleingewerbe-, Beamten- und Handwerkerklasse, die nicht in Ausstand getreten wäre oder sich noch darin befindet. Hafenarbeiter, Angestellte der Münze, Gärtner, Böttcher, Tischler, Kutscher, Schneider, staatliche, städtische und Industriearbeiter aller Art und so fort ad infinitum haben nacheinander oder zusammen gestreikt.

Die Forderungen sind in der Regel Einführung des Achtstundentages, Abschaffung der Akkordarbeit, Festsetzung von Minimaltarifen, Schaffung von Pensionskassen usw. Soweit die Gründe für die Ausstandsbewegung wirtschaftlicher Natur sind, hat man sie in der gewaltigen Verteuerung der Lebenshaltung und insbesondere in der unvermindert fortbestehenden Lebensmittelknappheit in Portugal zu suchen. Doch spielen auch die Treibereien gewissenloser politischer Elemente, die die Unzufriedenheit der Arbeiter ihren trüben Zwecken dienstbar zu machen trachten und dabei in der umstürzlerischen Gedanken anerkannt leicht zugänglichen Masse der portugiesischen Analphabeten stets genügend Mitläufer finden, eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Der am 16. Juni in Lissabon proklamierte Generalstreik ist nach einigen Tagen Dauer zu Ende gegangen, ohne besonders fühlbar in Erscheinung zu treten. Aufs unangenehmste betroffen wurde dagegen das ganze Land durch den zu gleicher Zeit anhebenden Eisenbahnerausstand, der, wenngleich der Personen- und Frachtverkehr inzwischen notdürftig wieder aufgenommen werden konnte, noch immer nicht völlig beigelegt ist.

In die Hauptstreikwochen Mitte bis Ende Juni fiel auch der Lissaboner Pressekonflikt, der außer als bezeichnendes Beispiel für die gegenwärtig in Portugal herrschende Krisenstimmung eines gewissen Interesses auch aus dem Grunde nicht entbehrt, weil sich darin der erste Versuch einer Diktatur des Proletariats im äußersten Westen Europas kundgabt. Als das erst kürzlich gegründete Organ der Uniao Opararia Nacional „A Batalha" wegen hetzerischer Artikel von der Regierung suspendiert wurde, erklärte der Interessenverband der Setzer und Drucker, die Federaçao do Livro e do Jornal, kurzerhand, daß seine Angehörigen solange für keine

Lissaboner Zeitung mehr arbeiten würden, bis das Erscheinungsverbot für die „Batalha“ aufgehoben sei. Daraufhin sperrten sämtliche journalistischen Unternehmungen in Lissabon ihr Personal aus, infolgedessen sich die eigenartige Lage ergab, daß über zwei Wochen lang in der Hauptstadt nur zwei Tageszeitungen erschienen, außer dem Arbeiterorgan lediglich die „Imprensa“, ein von der übrigen Presse aller Parteirichtungen gemeinschaftlich herausgegebenes Nachrichtenblatt. Dieser Vorfall ist auch darum bemerkenswert, weil „A Batalha“ offen und nachdrücklich für eine Revision und Milderung der Deutschland auferlegten Friedensbedingungen eintritt.

Außer wie im obigen Falle durch scharfe Abwehrmaßnahmen hat die Regierung einer weiteren Ausbreitung der Streiks durch verschiedene friedliche Mittel zu steuern versucht. Von einem Erfolg dieser Bemühungen ist jedoch bisher nichts verspürbar. Die von dem inzwischen abgetretenen sozialistischen Arbeitsminister Dias da Silva in Angriff genommenen Sozialisierungsbestrebungen, die man nach einem vorübergehenden Versuch bei den Bergwerken von S. Pedro da Cova und den staatlichen Betrieben der „Marinha Grande“ auf die Baumwollindustrie auszudehnen trachtete, dürfen als vorläufig völlig fehlgeschlagen angesehen werden. Mehr Erfolg verspricht eine Maßnahme, die auf die Hauptschwierigkeit des Streikproblems, die Nahrungsmittelnot, lindernd einzuwirken sucht, nämlich die Verordnung, wonach die Einfuhr und Durchfuhr von Mais, Roggen und Mühlenprodukten frei ist. Die Regierung hat sich sogar ermächtigen lassen, Mais, der auf fremden Schiffen in portugiesische Häfen gelangt, zu beschlagnahmen und zwar zum Preise von 13 centavos das kg. Eine wenig glückliche Hand haben dagegen die verantwortlichen Stellen mit der Dekretierung des Achtstundentages gezeigt. Da eine solch einschneidende Maßnahme begreiflicherweise nicht ohne weiteres durch einfache Gesetzesparagraphen unterschiedslos auf alle Betriebe Anwendung finden kann, ist bisweilen das gerade Gegenteil des Gewollten eingetreten: die mangelnde Durchführbarkeit des Erlasses über die Arbeitszeit hat die Arbeiter zum Ausstand veranlaßt. Das gleiche Schicksal scheint der an sich sehr zu begrüßenden Gesetzgebung zur Sozialversicherung zu blühen, durch die die obligatorische Krankheits-, Unfall-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung eingeführt werden soll. Ob man freilich hierin über den bei der portugiesischen Exekutive herrschenden chronischen status nascendi hinauskommen wird, bleibt vorerst abzuwarten. Ein weiteres Regierungsdekret ordnet die Einrichtung von Arbeitskammern an, die zunächst Arbeitsnachweis und Stellenvermittlung bezwecken, dann aber auch einer Annäherung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dienen sollen. Irgend eine Wendung zum Besseren auf Grund dieser sozialen Regierungsmaßnahmen hat sich, wie gesagt, einstweilen nicht gezeigt. Die Lage bleibt darum nach wie vor äußerst kritisch.

Den teils als Aufputsch zum Streik, teils im Anschluß an die Streiks sich geltend machenden revolutionären und terroristischen Umtrieben und einer Überhandnahme der mehrfach vorgekommenen Sabotageakte konnte die Regierung bisher durch Einsetzung von Waffengewalt entgegentreten, ohne damit aber des eine ständige Beunruhigung für das Land bildenden Gärungsprozesses in der Arbeiterschaft Herr werden zu können. Letzthin, Ende Juli, sind auch die Angestellten der „Companhia Carris“ in Oporto von einem Tag auf den anderen in den Ausstand getreten.

Wie diese anhaltende Streikbewegung Handel und Wandel lähmend in Mitleidenschaft zieht und dem gesamten Wirtschaftsleben unwiederbringlichen Schaden zufügt, braucht, wo man die Folgen der Streiks ja in Deutschland selbst auf Schritt und Tritt am eigenen Leibe verspürt, hier nicht näher ausgeführt zu werden. Ob selbst der gute Arzt und große Volkstribun Antonio Zé, wie der neugewählte Präsident im Volksmund heißt, die rettende Panazee für das verheerende Streikübel zu finden imstande sein wird?

Dr. Ed. Dannemann

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Der Sturz der Reichsmark tritt scharf in die Erscheinung. Aber auch der Frank und das englische Pfund waren geschwächt, während der Dollar sich erheblich verbesserte.

Kurs der Reichsmark

	13. 8.	14. 8.	15. 8.	16. 8.	18. 8.	19. 8.	gegen Münzpari am 19. bzw. 18. 8.
Zürich	30,25	29,25	29,25	30,—	28,80	27,70	— 84,43
Amsterdam	14,50	14,50	13,90	—,—	12,70	11,60	— 80,42
Stockholm	21,75	21,—	21,—	21,50	21,25	20,—	— 77,50
Kopenhagen	23,25	23,75	23,75	24,10	23,—	21,50	— 75,82
Kristiania	23,—	22,—	—,—	22,50	22,10	—,—	— 75,14
Wien	246,50	246,50	—,—	242,50	245,—	246,50	+ 109,77

Kurs der deutsch-österreich. Krone

	13. 8.	14. 8.	15. 8.	16. 8.	18. 8.	19. 8.	gegen Münzpari am 19. bzw. 18. 8.
Zürich	12,50	12,50	11,50	12,75	12,50	11,50	— 89,06
Amsterdam	6,25	6,55	6,26	—,—	6,—	5,75	— 88,59
Berlin	42,45—42,55	42,45—42,55	42,45—42,55	42,45—42,55	42,45—42,55	42,55—42,55	— 50,04

Kurs des französischen Franken

	13. 8.	14. 8.	15. 8.	16. 8.	18. 8.	19. 8.	gegen Münzpari am 19. bzw. 18. 8.
Zürich	72,—	72,25	73,15	73,25	73,20	71,75	— 28,25
Amsterdam	35,95	35,15	34,45	—,—	34,05	33,45	— 30,31
Stockholm	53,—	52,50	52,—	52,—	52,—	52,—	— 27,78
Kopenhagen	59,75	58,90	58,75	58,75	58,75	58,50	— 20,14
Kristiania	55,50	55,50	—,—	55,25	55,25	—,—	— 23,26

Kurs des Pfund Sterling

	13. 8.	14. 8.	15. 8.	16. 8.	18. 8.	19. 8.	gegen Münzpari am 19. bzw. 18. 8.
Zürich	24,35	24,35	24,38	24,40	24,35	24,75	— 1,94
Amsterdam	11,60	11,60	11,60	—,—	11,56	11,44	— 5,53
Stockholm	17,48	17,47	17,45	17,45	17,45	17,45	— 3,91
Kopenhagen	19,68	19,64	19,64	19,63	19,63	19,62	— 0,71
Kristiania	18,42	18,42	—,—	18,42	18,45	—,—	—,—

Kurs des Dollar

	13. 8.	14. 8.	15. 8.	16. 8.	18. 8.	19. 8	gegen Münzpari am 19. bzw. 18. 8.
Zürich	562,—	564,—	563,—	564,—	567,—	566,—	+ 9,26
Amsterdam	269,—	268,75	269,80	—,—	269,75	270,50	+ 8,73
Stockholm	404,—	404,—	404,—	407,—	409,—	412,—	+ 10,41
Kopenhagen	453,—	454,—	453,50	—,—	459,50	459,50	+ 23,14
Kristiania	425,—	426,—	—,—	425,—	432,—	—,—	+ 15,82

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	9. 8.	11. 8.
Alexandrien	97 7/16 pari	97 7/16 pari
Bomb./Kalk	1 s 8 d—1 s 8 1/16 d	1 s 8 d—1 s 8 1/16 d
Hongkong	3 s 8 1/2 d	3 s 8 3/4 d
Shanghai	5 s 7 1/2 d	5 s 8 1/2 d
Singapore	2 s 4 5/32 d—2 s 4 9/32 d	2 s 4 5/32 d—2 s 4 9/32 d
Yokohama	2 s 3 1/2 d—2 s 4 d	2 s 3 5/8 d—2 s 4 1/8 d
Montevideo T.T.	56 d—56 1/2 d	56 1/8 d—56 5/8 d
Rio de Janeiro	14 5/16 d	14 1/4 d
Bs. Aires T.T.	52 3/4 d—53 d	52 3/4 d—53 1/4 d
Valparaiso 90 T.	97/8 d	97/8

Geldverfassung und Währungspolitik

In Deutschland wurde im Monat Juli geprägt an silbernen 50-Pfennigstücken: 370733 ℳ (im Vormonat 879401 ℳ), an eisernen 5-Pfennigstücken: 777625 ℳ (im Vormonat 797907 ℳ), an 10-Pfennigstücken aus Zink: 2572590 ℳ (im Vormonat 2384736 ℳ). („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 385 v. 12. 8. 19.)

Durch Verordnung des Reichsministeriums vom 1. August 1919 wird der Staatenausschuß bis auf weiteres ermächtigt, an Stelle der im Münzgesetz vom 1. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) vorgesehenen Silbermünzen zu fünfzig Pfennig, Nickelmünzen zu zehn und fünf Pfennig und Kupfermünzen zu einem Pfennig Münzen mit diesen Nennwerten in abweichender Gestalt und aus anderem Metall außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes bestimmten Grenzen herstellen zu lassen. Auf diese Münzen finden im übrigen die Vorschriften des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 sowie die Ausführungsbestimmungen dazu sinngemäße Anwendung.

Das Goldaufgeld für Zollzahlungen ist für die Woche vom 10.—16. August auf 275 % festgesetzt worden gegen 240 % in der Vorwoche. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 380 v. 9. 8. 19.)

Die britische Besatzungsbehörde in Köln hat eine öffentliche Bekanntmachung erlassen, in der es heißt: „Alle Zahlungen haben rechtlich in der Währung zu erfolgen, die von der deutschen Regierung durch Gesetz oder Erlaß in Umlauf gesetzt ist. Das deutsche Verlangen, daß Zollabgaben nur in Gold oder in Papier zu einem geminderten Umrechnungskurse erfolgen müssen, wird abgelehnt." („Berliner Tagebl." Nr. 371 v. 11. 8. 19.)

Der deutsche Silberrichtpreis beträgt für die Woche vom 10.—16. August 639 ℳ (in der Vorwoche 622 ℳ) pro kg. („Frankf. Ztg." Nr. 587 v. 10. 8. 19.)

Bei der Reichsbank ist eine besondere Falschgeld-Abteilung eingerichtet worden, um ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den technischen Sachverständigen der Bank und der Kriminalpolizei zu gewährleisten. Sie soll die Kriminalbeamten in Stand setzen, das aus dem ganzen Reich bei der Reichsbank zusammenlaufende Material in Falschgeldsachen zu verwerten. („Deutsche Allg. Ztg.", Nr. 366 v. 1. 8. 19.)

Nach einer Meldung der „Posener Neuesten Nachrichten" ist von einer Posener Spcditionsfirma der Betrag von 352 polnischen Mark gleich 249 Reichsmark in Rechnung gestellt worden. In einem anderen Falle soll der Betrag von 52,40 ℳ auf 49,10 ℳ gekürzt werden, wenn die Zahlung in deutschem Gelde erfolgt. („Deutsche Allg. Ztg.", Nr. 381 v. 9. 8. 19.)

Das polnische Münzsystem soll nach der Meldung der „Information" vom 18. Juli folgendermaßen angeordnet werden: Die Münzeinheit auf Goldbasis ist der Zloty, der in 100 Groschen geteilt wird, und „der Mark gleich" ist. Aus 1 kg 900/1000 Gold werden Münzen im Betrage von 3100 Zloty geprägt. Es gibt Stücke zu 20 Zloty und 10 Zloty, die Dukaten bezw. Halbdukaten heißen, Stücke von 5 und 2 Zloty aus 900/1000 Silber, Stücke von 20 Groschen aus Nickel und Stücke von 10, 2 und 1 Groschen aus Eisen. („Nachr. f. Hand., Ind. u. Landw.", Nr. 25 v. 29. 7. 19.)

Die Reichsdarlehenskasse Posen hat ihre Geschäfte eingestellt und ist mit ihrer Liquidation beschäftigt. („Frankft. Ztg.", Nr. 589 v. 11. 8. 19.)

Der deutsch-österreichische Notenumlauf wird von unterrichteter Seite Ende Juli auf 7 Milliarden geschätzt gegen 5,1 Milliarden nach der Abstempelung der Noten im März. Der gesamte Banknotenumlauf der österreichisch-ungarischen Bank betrug am 23. Juli 51,5 Milliarden Kr. („Deutsche Allg. Ztg.", Nr. 374 v. 6. 8. u. Nr. 365 v. 1. 8. 19.)

Die ungarische Räteregierung hat seit ihrem Amtsantritt für 7 Milliarden Kr Banknoten gedruckt. Aus Wien verlautet, daß bei der Hauptanstalt der Österreichisch-Ungarischen Bank in Budapest der Bestand an Banknoten in Höhe von rund 2 Milliarden Kr durch die Räteregierung und ihre Organe unterschlagen worden ist. („Neue Freie Presse" Nr. 19733 v. 2. Aug. und „Frankf. Ztg.").

Die neue ungarische Regierung hat bestimmt. daß die Verfügung, wonach die Kronennoten der Österreichisch-Ungarischen Bank aufhören sollen, gültige Zahlungsmittel zu sein, außer Kraft gesetzt wird. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 377 v. 7. Aug. 19.)

Der dänische Folkething-Ausschuß soll vorgeschlagen haben, die Gleichstellung der deutschen Reichsbank mit den schwedischen und norwegischen Zentral-Notenbanken hinsichtlich der Deckungsbestimmungen aufzuheben. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 379 v. 8. Aug. 19.)

Die schwedische Reichsbank hat bei der Regierung weitere Befreiung bis 28 Febr. 1920 von der Pflicht beantragt, Gold in Barren einzulösen, die für Rechnung der schwedischen Reichsbank an die Münze abgeliefert werden. Auch die freie Ausprägung von Gold in Goldmünzen soll für diese Zeit ausgesetzt werden. („Nachr. f. Hand., Industr. u. Landw." Nr. 24 v. 28. Juli 19.)

Vom Sturz der provisorischen Regierung (25. Okt. 17) bis zum 1. Januar 1919 haben die Bolschewiki 36346 Mill. Rubel ausgegeben, rund 2600 Mill. Rubel im Monatsdurchschnitt. Vor dem Staatsstreich wurde der Betrag der umlaufenden Noten auf rund 19 Milliarden Rubel geschätzt. Im Jahre 1919 soll die Emission monatlich etwa 2400 Mill. Rubel betragen, so daß sich bis Ende Juni 1919 eine Papiergeldmenge von 70 Milliarden ergibt, doch sprechen bolschewistische Zeitungen von 85—100 Milliarden, wozu noch die von den gegenrevolutionären Regierungen und von den Stadtverwaltungen und Eisenbahngesellschaften ausgegebenen Zahlungsmittel kommen. („Deutsche Allg. Ztg.", Nr. 372 v. 5. Aug. 19).

Nach einer Berechnung des Arbeitsamtes in Washington beabsichtigen rund 1300000 Einwanderer aus den Vereinigten Staaten nach Europa zurückzukehren, falls die Rückwanderer im Durchschnitt 3000 Dollar mitnehmen, so ergäbe das eine Kapitalausfuhr von 4 Milliarden bei einem Ausfuhrüberschuß von 3,5 Milliarden im Jahre 1917/1918.

Staatsanleihen

Die Frage der Kriegsanleihebeteiligung der Deutschen in der tschecho-slowakischen Republik gestaltet sich sehr schwierig; der tschecho-slowakische Finanzminister äußerte kürzlich, es sei der Regierung unmöglich, die Kriegsanleihe zum vollen Betrag und zur vollen Verzinsung zu übernehmen und man werde das Problem individuell lösen müssen. Damit ist diese für die Deutschen in der Tschecho-Slowakei wichtige Frage ganz in das Belieben der Tschechen gestellt worden. Ob die Tschechen den großen Kriegsanleihebesitz namentlich der deutsch-böhmischen Unternehmer einlösen werden, bleibt ungewiß. Die Einlösung wäre unmöglich, wenn die Tschechen — nach dem Friedensvertragsentwurf — blos 750 Mill. fr in Kriegsanleihe übernehmen sollten. („Voss. Ztg." v. 4. 8.)

Die durch Vermittlung einer Genfer Bankfirma in den Vereinigten Staaten untergebrachte zweite schweizerische Anleihe im Betrag von 30 Mill. $ ist bereits überzeichnet worden. Die Anleihe ist in zehn Jahren rückzahlbar, der Ausgabekurs beträgt 96 v. H., die Verzinsung 5½ v. H.; für die Zeichner ergibt sich somit eine Rente von 6 v. H. („Schweizer Exportrevue" v. 1. 8.)

Der dänische Finanzminister brachte im Folkething eine Vorlage über die Aufnahme einer 5 %igen inländischen Anleihe von 120 Mill. Kr ein. Zweck der Anleihe ist, die mit der Wiedervereinigung Nordschleswigs verbundenen Ausgaben zu decken. Die Anleihe trägt den Namen „Wiedervereinigungsanleihe". („D. A. Z." v. 6. 8.)

Der belgische Finanzminister hat einen Gesetzentwurf bekanntgegeben, wonach der Staat die Schulden der belgischen Provinzen übernehmen soll. Ausgenommen sind die Anleihen, die zum Zweck der Bezahlung von Kriegskontributionen an Deutschland aufgenommen worden sind. Für letztere im Betrag von 2348 Mill. fr. ist der Verfalltermin auf 5 Jahre hinausgeschoben. („Handelsblad" 16. 7.)

„Soir" vom 30. 7. meldet, die von der belgischen Regierung bei amerikanischen Banken abgeschlossene Anleihe von 100 Mill. $ sei am Widerstand der amerikanischen Regierung, die sie zu ratifizieren hatte, gescheitert. Diese wollte den Kredit nur für Ankäufe unter ihrer Kontrolle bestimmt wissen, während Belgien ihn frei und unbeschränkt wünschte; Belgien hat daraufhin in Washington mitgeteilt, daß es unter diesen Umständen verzichtet.

Der luxemburgische Finanzminister will zur Deckung der laufenden Ausgaben 3–4 %ige Schatzanweisungen ausgeben, dagegen die Ausgabe von Kassenscheinen einstellen. Ferner nimmt Luxemburg eine Anleihe von 75—100 Mill. fr auf, die zur Deckung des Fehlbetrags von 1919 in Höhe von 105 Mill. fr verwandt werden soll. Nach Angabe des Ministers ist die

Lage des luxemburgischen Staatskredits äußerst günstig, da nach der Aufnahme der Anleihe einem Nationalvermögen von 14 000 fr auf den Kopf der Bevölkerung nur 400 fr Staatsschulden gegenüberstehen. („W. N. D." 6. 8.)

In der italienischen Kammer sprach lt. „Daily News" vom 26. 7. der Premierminister Nitti über die Weigerung der Regierung der Vereinigten Staaten, Italien eine Anleihe zu gewähren. Diese Ablehnung sei jedoch kein feindlicher Akt der Vereinigten Staaten, denn während des Krieges hätte Amerika Italien Kredite zu 3½ % gewährt, wohingegen bei der gewünschten Anleihe 5½ % Zinsen gezahlt werden sollten.

Der französische Finanzminister Klotz beabsichtigt, demnächst eine Anleihe in Höhe von 700 bis 800 Mill. fr. für Eisenbahnbauten aufzulegen. Einen weiteren Anleihe-Typ mit Auslosungen will er für die wieder aufzubauenden Gebiete auflegen. Klotz erklärte, die Emission der Schatzscheine habe zugenommen, während die Vorschüsse der Bank von Frankreich zurückgingen. Für die beabsichtigte neue Anleihe müsse der günstige Augenblick abgewartet werden. Die Liquidierung der aufgestapelten Vorräte werde erhebliche Einnahmen bringen. Die neuen Eisenbahntarife würden gestatten, die Reisenden an Stelle der Steuerzahler zahlen zu lassen. („Voss. Z.", 25. 7.).

„Sole" vom 29. 7. meldet, daß durch die seitens der Union an Frankreich gewährte neue Anleihe von 157,549 Mill. $ sich die Gesamtschuld Frankreichs an die Vereinigten Staaten auf über 3 Milliarden $ erhöhe.

Sodann berichtet „Ag. Ec. et Fin." vom 31. 7., der französische Finanzminister verhandele mit einer Gruppe amerikanischer Banken unter Führung des Hauses Morgan wegen der Uebernahme von Schatzbons mit einer Laufzeit von 60 bis 90 Tagen; einstweilen ist die Ausgabe von 50 Mill. $ vorgesehen.

Zwischen Argentinien und den Verbandsmächten sind Verhandlungen im Gange, die eine Anleihe von 200 Mill. Goldpesos zwecks Ankauf argentinischer Erzeugnisse zum Gegenstande haben. („Perseveranza", 1. 8.)

Neugründungen und Kapitalserhöhungen

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Gewerbegruppen	Stammkapital Zahl der Ges.	Stammkapital in 1000 ℳ	Kapitalserhöhungen Zahl der Ges.	Kapitalserhöhungen in 1000 ℳ
Land- und Forstwirtschaft	4	206	—	—
Tierzucht und Fischerei	—	—	—	—
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	3	170	—	—
Industrie der Steine und Erden	18	1230	2	330
Metallverarbeitung	19	1415	1	300
Industrie d. Maschin., Apparate u. dgl.	52	3399	1	100
Schiffswerften	—	—	—	—
Elektrotechnische Industrie	17	580	—	—
Elektrizitätserzeugung	3	1640	—	—
Chemische Industrie	17	476	2	220
Seifen, Fette, Öle, Firnisse u. dgl.	1	25	—	—
Gas- und Wasserbesorgung	—	—	—	—
Spinnstoffgewerbe	9	1270	—	—
Papierindustrie	4	165	—	—
Leder- und Gummiindustrie	2	420	—	—
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	16	1208	1	20
Industrie der Nahrungs- u. Genußmittel	12	1702	—	—
Brauereien, Mälzereien	1	100	—	—
Bekleidungsgewerbe	4	205	1	50
Reinigungsgewerbe	1	35	—	—
Baugewerbe	12	471	—	—
Vervielfältigungsgewerbe, Anzeigenbüros, künstlerisches Gewerbe u. dgl.	37	1303	3	85
Handelsgewerbe	134	9402	11	907
Banken	4	750	1	100
Immobilienhandel und -Verwertung	25	10765	—	—
Versicherungsgewerbe	—	—	1	250
Verkehrsgewerbe	11	354	—	—
Fluß- und Küstenschiffahrt	1	20	—	—
Seeschiffahrt	1	200	—	—
Gast- und Schankwirtschaft	10	602	—	—
Musik-, Theater- u. Schaustellungsgew.	3	78	2	71
Sonstige Gesellschaften	2	140	—	—

Schiffahrt und Schiffbau

England

Schiffbauergebnisse im Juli. Im Juli wurden von den Werften am Clyde nur 10 Schiffe von 30 592 B.-R.-T. zu Wasser gelassen gegenüber 38 Schiffen von 83 907 B.-R.-T. im Vormonat. In den sieben ersten Monaten dieses Jahres sind demnach 155 Schiffe von 295 398 B.-R.-T. zu Wasser gelassen worden.

Von den Werften am Wear wurden im Juli 3 Schiffe von 10 061 B.-R.-T. zu Wasser gelassen gegenüber 8 Schiffen von 44 330 B.-R.-T. im Vormonat. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind demnach 36 Schiffe am Wear von 149 160 B.-R.-T. zu Wasser gelassen worden. Die geringen im Juli erzielten Leistungen erklären sich zum Teil aus dem Arbeitsverlust infolge der Rennfeiertage. *Hb.*

Die Preissteigerung der Schiffbaumaterialien während des Krieges ist durch eine der führenden englischen Schiffswerften ermittelt worden. Die Ermittlungen, welchen die Preise vom 1. Juli 1919 zugrunde liegen; haben das folgende Ergebnis gehabt:

Material	Preissteigg. gegenüb. d. letzt. Friedenspreis	Material	Preissteigg. gegenüb. d. letzt. Friedenspreis
Stahl	341,5 v. H.	Eisenschrauben	225,0 v. H.
Maschinenöl	305,26 „	Mennig	177,27 „
Chamotte-Steine	392,85 „	Leinöl, gekocht	455,1 „
Baumwolle	375,36 „	„ roh	450,0 „
Schmiedeeisen	230,0 „	Bleiweiß	219,1 „
Leim	227,9 „	Zinkweiß	200,0 „
Manila-Hanf	292—298,30 „	Eisenbolzen	247,1 „
Hammerstiele	407,14 „	Eiserne Wasserrohre	280,0 „
Feilenstiele	342,85 „	Gerüstdielen 9"×3"	358,4 „
Zylinderöl	235,71 „	Pitch-pine-Diel. 5×2½"	333⅓ „
Leichte Bleche	133,33 „	Schmiedekohlen	199,49 „
Schwere Bleche	240,0 „	Schmiedekoks	258,15 „
Malerpinsel	190,0 „	Schmiedeholzkohle	281,08 „
Holzschrauben	239,7 „	Eisennieten	342,1 „

Hierbei konnte die erst am 1. August 1919 eingetretene Erhöhung des Kohlenpreises um 6 sh für die Tonne, wodurch fast sämtliche hier angeführten Materialien beeinflußt werden, noch keine Berücksichtigung finden. *Hb.*

Werftverkauf. Die Lake Schiffswerft in Poole bei Bournmouth ist von der Gardiner Schiffswerft und Maschinenbau-Gesellschaft käuflich erworben worden. Die Lake Werft wurde erst im Kriege gegründet und war besonders für den Bau von Eisenbeton-, Öltankschiffen und Schleppern bestimmt. Der Bau von Eisenbeton-Fahrzeugen wird aber aufgegeben und statt dessen sollen stählerne Frachtdampfer von 7200 Tonnen als Spezialität gebaut werden. *Hb.*

Ausdehnung der P. & O. Co. Wie zuverlässig verlautet, hat diese Reederei unter der Hand die Anteile der Khedevial Mail Steamship and Graving Dock Co., Ltd., erworben. Neben einer Reihe schneller Fracht- und Passagierdampfer besitzt diese letztere Reederei eine ganze Anzahl Trockendocks und Reparaturwerkstätten in Ägypten. *Hb.*

Aus Geschäftsberichten englischer Reedereien. Die Empire Transport-Co., Ltd. (Houlder, Brothers & Co.) erzielte in dem am 30. Juni 1919 abgelaufenen Geschäftsjahr aus den Betriebs- und Zinseneinnahmen einen Gewinn von 258 088 £, woraus auf 100 000 £ Vorzugsaktien 6 % und auf 500 000 £ Stammaktien 12½ % (i. V. 20 % auf 125 000 £) verteilt und 97 882 £ zu Abschreibungen und Reservestellungen verwandt werden. Der Bestand der Flotte, welcher bei Kriegsausbruch 141 771 Tonnen d. w. betrug, ist auch im letzten Jahr weiter auf 110 243 Tonnen zurückgegangen.

Die Britain Steamship Co., Ltd., erzielte in dem am 31. Dezember 1918 abgelaufenen Geschäftsjahr einen Gewinn von 157 824 £, woraus 30 v. H. auf 500 000 £ Aktienkapital (i. V. 25 v. H.) verteilt werden. *Hb.*

Die Durchschnittsgewinne englischer Reederei-Gesellschaften. Nach einer Zusammenstellung des „Economist" über Industriegewinne der letzten sechs Jahre betrugen die Durchschnitts-

dividenden auf das in den englischen Schiffahrtsgesellschaften investierte Stammkapital

1919.....	13,1 v. H.	1916.....	13,1 v. H.	
1918.....	12,5 „	1915.....	7,9 „	
1917.....	12,8 „	1914.....	11,6 „	*Hb.*

Verkauf von Regierungsschiffen. Außer den in England durch Vermittlung von Lord Inchcape gemachten Schiffsverkäufen, über welche an dieser Stelle wiederholt ausführlich berichtet worden ist, hat die Regierung im laufenden Jahr 110 von ihren Dampfern an das Ausland verkauft. Demnach hat die Regierung bis jetzt 372 von ihren in Fahrt und im Bau befindlichen Schiffen abgestoßen. *Hb.*

Frankreich

Abrechnung französischer Reedereien. Wie aus den Abrechnungen der nachstehenden französischen Schiffahrtgesellschaften hervorgeht, haben die französischen Gesellschaften auch während des Krieges trotz Requisitionen und anderen Regierungsmaßnahmen gute Einnahmen erzielt, wenn auch die Höhe dieser Einnahmen hinter der von 1917 zurückgeblieben ist.

Die Compagnie Havraise Péninsulaire erzielte im Jahre 1918

eine Bruttoeinnahme von ..... 29 510 000 fr und
„ Nettoeinnahme „ ..... 9 832 000 „

wovon, nach Rückstellung der Abschreibungen usw., 6 409 000 fr zur Gewinnverteilung übrig blieben und eine Dividende von 150 fr per Aktie verteilt werden konnte. Die entsprechenden Zahlen für das Vorjahr, sowie das letzte Friedensjahr 1913 stellen sich wie folgt:

	Brutto-Einnahme fr	Netto-Einnahme fr	Gewinn fr	Dividende fr
1913.....	9 885 000	1 696 000	952 000	40
1917.....	30 928 000	10 660 000	7 982 000	100

Die Flotte der Gesellschaft betrug vor dem Kriege 60 000 tons.

Die Société de Transports Maritimes à Vapeur erzielte in den Jahren

	Brutto-Einnahme fr	Netto Einnahme fr	Dividende fr
1913.....	33 327 000	2 260 000	30
1917.....	65 141 000	2 513 000	50
1918.....	45 129 000	3 254 000	50

Vor Ausbruch des Krieges hatte die Gesellschaft eine Flotte von 22 Schiffen und 87 300 tons, von denen 6 während des Krieges vorloren gingen, so daß in der Bilanz vom 31. Dezember 1918 nur noch 16 Schiffe mit 60 000 tons im Werte von 30 000 000 fr aufgeführt werden. Die Gesellschaft führte im Jahre 1913 im ganzen 283 Reisen nach Algier, 50 transatlantische Reisen und 16 verschiedene Reisen aus, im Jahre 1916 dagegen nur noch 127 Reisen nach Algier und 9 transatlantische Reisen. Im Jahre 1918 wurden durch die Regierungsmaßnahmen die Fahrten weiterhin beschränkt, so daß nur noch in freier Fahrt 25 Reisen nach Algier und 10 transatlantische Reisen, in requirierter Fahrt 69 Reisen nach Algier und 20 lange Reisen ausgeführt werden konnten. Gegenwärtig sind 6 neue Schiffe mit 37 000 tons im Bau.

Die Compagnie de Navigation Sud-Atlantique erzielte im Jahre 1918 eine Bruttoeinnahme in Höhe von 20 795 000 fr und eine Nettoeinnahme von 1 138 000 fr, worauf eine Dividende von 5 % auf die Priorität- und gewöhnliche Anteile und 2.45 fr auf die Genußscheine verteilt wird.

Die Gesellschaft hat während des Krieges 4 Schiffe verloren, mit den restlichen im Jahre 1918 3 freie Reisen nach Brasilien und dem La Plata ausgeführt und 2593 Passagiere, sowie 39 179 cbm Ladung befördert, und weitere 10 Reisen mit von der Regierung requirierten Schiffen gemacht. Mit Ausnahme des durch die Versicherung bezahlten Totalschadens für den Dampfer „Sequana" hat die Gesellschaft einen ausreichenden Ersatz für die verloren gegangenen Schiffe noch nicht erhalten können und befindet sich mit der Regierung noch in Verhandlungen, weil dieselbe sich weigert, den vollen Marktpreis zu zahlen. 3 neue Schiffe sind im Bau, wovon 2 in England.

Compagnie de Navigation Mixte. Im Jahre 1918 betrug die Bruttoeinnahme 10 787 000 fr, die Nettoeinnahme 1 944 000 fr, wovon eine Dividende von 33.25 bzw. 30.90 fr auf die Aktie bzw. Inhaberaktie verteilt wird. Die Flotte der Gesellschaft beträgt nach Verlust von 9 Schiffen, wovon 7 durch Kriegsereignisse eingebüßt wurden, noch 9 Dampfer mit 19 252 tons. 2 Frachtdampfer von je 3000 tons befinden sich in Amerika im Bau. *P. W.*

Griechenland

Die griechische Handelsflotte vor und nach dem Kriege. Zu den Ländern, deren wachsende Seegeltung der Krieg ein Ende bereitet hat, gehört auch Griechenland. Seine Handelsflotte befand sich in dem letzten Friedensjahrzehnt in aufstrebender, erfolgreicher Entwicklung. Folgende Ziffern, die wir einem in der amerikanischen Presse erscheinenden Aufsatz des Dozenten an der Universität Athen, Professor Andreades, entnehmen, kennzeichnen diesen Aufstieg. Im Jahre 1901 fuhren 925 Segler von 145 361 Netto-Reg.-T. und 198 Dampfer von 160 979 Netto-Reg.-T. unter griechischer Flagge. Die Flotte umfaßte also eine Gesamttonnage von rund 300 000 Netto-Reg.-T., die ungefähr zu gleichem Teile auf Segler- und Dampferräumte entfiel. Bis zum Jahre 1912 war die Segler-Flotte auf 760 Schiffe mit 101 459 Netto-Reg.-T. zurückgegangen, während die Dampferflotte sich folgendermaßen entwickelt*) hatte:

1901.....	198	Dampfer von	160 979	Netto-Reg.-T.
1907.....	285	„ „	288 573	„
1911.....	343	„ „	387 634	„
1913.....	389	„ „	433 663	„
1915.....	474	„ „	549 983	„

Wenn Andreades meint, daß dank dieser verhältnismäßig großen Eigentonnage das Land während der drei letzen Kriege, an denen es beteiligt war, für seine Zufuhren von der fremden Flagge unabhängig gewesen sei, so vergißt er aus Höflichkeit vor den Alliierten hinzuzufügen, daß diese Unabhängigkeit Griechenland während des letzten großen Krieges nicht vor der Hungersnot geschützt hat. Richtig ist dagegen seine weitere Behauptung, daß Griechenland seine jeweiligen Verbündeten durch Seetransporte wirksame Hilfe zu leisten im Stande gewesen ist. So beförderten z. B. während des ersten Balkankrieges griechische Schiffe beträchtliche bulgarische Truppenmengen von Mazedonien nach Dedeagatsch und verproviantierten die serbische Armee in Albanien. Im Weltkrieg konnte Griechenland seinen Verbündeten einen Schiffsraum von ungefähr 200 000 Netto-Reg.-T. zur Verfügung stellen.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der aus obiger Ziffer ersichtliche Aufbau der griechischen Flotte ohne Staatshilfe erfolgt ist. Größere Reedereigesellschaften mit beträchtlicher Kapitalkraft haben sich erst in den letzten Jahren vor dem Kriege gebildet. Die griechischen Reeder beschränkten bis dahin den Kreis der Teilhaber ihrer Unternehmungen meistens auf ihre Verwandschaft oder ihre nächsten Mitbürger. Insbesondere auf einigen der griechischen Inseln war die Schiffahrt die Hauptquelle eines gewissen Wohlstandes. So waren im Jahre 1916 nicht weniger als 74 Dampfer auf der Insel Syra, 50 auf Andros, 17 auf Ithaka beheimatet.

Der Krieg brachte zunächst der griechischen Schiffahrt, wie allen neutralen Flaggen, ungeheure Gewinne. Der Umstand, daß die griechische Tonnage zu etwa 45 % aus seegehenden Schiffen über 2000 t Tragfähigkeit bestand, die bekanntlich die größten Profite einheimsten, gab ihr einen besonders beträchtlichen Anteil an dieser goldenen Ernte. Die griechischen Überseedampfer konnten in manchen Fällen das Zwei- oder Dreifache ihres Wertes innerhalb eines Jahres verdienen. Mit dem Ubootkrieg aber kam der Umschwung. Die griechische Handelsflotte hat durch ihn verhältnismäßig mehr gelitten als irgend eine andere Flagge. Etwa die Hälfte ihres Bestandes ging durch feindliche Kriegsmaßnahmen verloren. Weitere 10 % wurden durch Seeunfälle eingebüßt. Und auch die übrigbleibenden Schiffe mußten sich mit geringerem Gewinn begnügen, nachdem sie 1916 durch die Entente beschlagnahmt waren und zu niedrigeren Raten, als am offenen Markt erhältlich, fahren mußten. Bis zum Eintritt in den Krieg besaß Griechenland, alles in allem, also auch die kleineren Dampfer mitgezählt, eine Flotte von 447 Dampfern mit insgesamt

*) Nach Lloyds Register, das nur Schiffe über 100 Reg.-T. berücksichtigt, den Raumgehalt der Dampfer in Br.-Reg.-T., den der Segler in Netto-Reg.-T. angibt und eine Anzahl griechischer Segler nicht mitzählt, zeigte die griechische Handelsflotte (Dampfer und Segler) folgende Entwicklung:

1901...	292 060 Reg.-T.	1905...	398 388 Reg.-T.	1909...	516 621 Reg.-T.
1903...	378 199 „	1907...	466 532 „	1911 ..	585 870 „
		1913...	722 782 „		

Für 1914 (1. August) wird nach einer griechischen Quelle die Dampfertonnage (über 100 Reg.-T.) mit 821 000 Br.-Reg.-T., für 1915 (1. Juni) mit 893 000 Br.-Reg.-T. angegeben.

967 100 Br.-Reg.-T., die zum Teil dem Nahverkehr zwischen den griechischen Häfen, Kleinasien und den Plätzen des Marmara-Meeres dienten, zum Teil im Mittelmeer-Verkehr zwischen den Heimathäfen und Smyrna, Marseilles, Barcelona, Konstantinopel und den Balkanhäfen oder auf transatlantischen Fahrten zwischen Griechenland und New York (früher im Wettbewerb mit der Austro-Americana) beschäftigt waren. Als der Waffenstillstand abgeschlossen war, waren von diesem Schiffsbestand an Dampfern über 100 Reg.-T. nur 172 mit 270 805 Br.-Reg.-T. übrig, von denen 102 mit 188 442 Br.-Reg.-T. von Großbritanien und Frankreich requiriert waren. Nach einem neueren Bericht der Piräus-Reeder-Vereinigung besteht die griechische Handelsflotte zur Zeit aus 171 Dampfern über 100 Reg.-T., und zwar aus:

3	Ozeandampfer	von 19 618	Br.-Reg.-T.
79	Frachtdampfer	„ 190 562	„
89	Küstendampfer	„ 56 425	„
171	Dampfer	von 266 605	Br.-Reg.-T.

Das größte Schiff unter griechischer Flagge ist der Dampfer Megali Hellas von 9272 Br.-Reg.-T. Außer ihm gibt es nur noch 5 Dampfer über 4000 Br.-Reg.-T. Etwa 20 weitere Schiffe haben eine Größe von 2000—4000 Br.-Reg.-T. Der Rest besteht aus kleinen Fahrzeugen, zumeist Frachtschiffen von 400—800 t Tragfähigkeit.

Die während des Krieges verloren gegangene oder verkaufte Dampfer-Tonnage stellt sich wie folgt:

versenkt	378 000	Br. Reg.-T.
durch Seeunfälle verloren	62 000	„
von den Alliierten genommen	8 000	„
verkauft	259 000	„
zusammen	707 000	Br.-Reg.-T.

Demnach sind also Dampfer im Gesamtraumgehalt von 448 000 Br.-Reg.-T. durch feindliche Maßnahmen, Seeunfälle usw. eingebüßt worden, das sind etwa 55 % des Friedensbestandes.

Trotz der Einbuße von nahezu zwei Dritteln seines Schiffsbesitzes glaubt Griechenland an einen schnellen Wiederaufbau seiner Handelsschiffahrt. Die großen, in den Jahren 1914—16 erzielten Gewinne, zu denen sich die Versicherungssummen der verloren gegangenen Schiffe gesellt haben, sind unverbraucht und können zu Schiffskäufen und Neubauten verwendet werden. Man hofft, daß Amerika den griechischen Reedern den Ersatz ihrer verlorenen Schiffe durch Überlassung von Kauftonnage erleichtern wird, namentlich liegt den Griechen an einer baldigen Wiederherstellung ihres früheren New Yorker Dienstes. Diese griechische Linie (Hellenische Transatlantische Dampfschiffahrt-Gesellschaft), die Fracht und Passagiere beförderte und insbesondere dem Verkehr griechischer Auswanderer und Saisonarbeiter diente, begann vor zehn Jahren mit zwei Dampfern von etwa 5000 Br.-Reg.-T., zu denen kurz vor den Balkankriegen zwei weitere von 6000 und 6700 Br.-Reg.-T. kamen. Später wurden noch zwei weitere Dampfer von über 9000 Br.-Reg.-T. in Dienst gestellt. Wie die Gesellschaft vor kurzem mitteilte, sind die ihr gebliebenen Schiffe noch immer von der Regierung beschlagnahmt, darunter die drei Ozeandampfer Megali Hellas von 9272, Themistocles von 6045 und Patris von 4390 Br.-Reg.-Tonnen. Sobald diese Schiffe freigegeben werden, beabsichtigt die Gesellschaft, die inzwischen mehrere größere russische Schiffe hinzugekauft hat, ihren Piräus-New York-Dienst wieder aufzunehmen. Selbstverständlich hat sich der Engländer die Gelegenheit, seinen griechischen Bundesgenossen zu „helfen", auch hier nicht entgehen lassen. Wie im „W. D." vom 25. Juli d. J. mitgeteilt wurde, hat die Cunardlinie einen direkten Dienst New York-Piräus eingerichtet und am 18. Juni ihren ersten Dampfer von New York aus expediert. Man glaubt in griechischen Reederkreisen, daß Piräus sich sehr bald zum wichtigsten Hafen des nahen Ostens entwickeln wird. Seine Anlagen sollen erweitert und die Nähe Athens, das der Endpunkt des in Aussicht genommenen Eisenbahnverkehrs Paris-Konstantinopel werden wird, dürfte seine Bedeutung noch erhöhen. *A. K.*

Vereinigte Staaten

Über die Aussichten des amerikanischen Schiffbaus äußerte sich der Präsident der Duthie Shipbuilding Co. in Seattle, Mr. J. F. Duthie, wie folgt: Ich glaube, daß dem amerikanischen Schiffbau jetzt Beschäftigung wenigstens für die Dauer eines Jahres, sehr wahrscheinlich aber länger, gesichert ist. Viel hängt dabei ab von der auswärtigen Finanzlage. Von den vier Ländern, die den dringendsten Bedarf an Schiffen haben, nämlich Frankreich, Italien, Norwegen und England, werden die beiden erstgenannten für ihre Bestellungen bei amerikanischen Werften der finanziellen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten bedürfen. Norwegen bedarf deren nicht; es wird nach meinem Dafürhalten jedoch nicht mehr als 600 000 bis 1 000 000 t, bestellen wollen, jedenfalls nicht, solange Amerika und Großbritannien es nicht für seine während des Krieges beschlagnahmten Neubauten entschädigt haben. Was England anbetrifft, so wird es wahrscheinlich seiner bisher geübten Gewohnheit, seine Schiffe im eigenen Lande zu bauen, auch künftig treu bleiben. Die meisten der voraussichtlichen fremden Bestellungen müßten also aus Frankreich und Italien kommen. *A. K.*

Schiffsbemannung. Einem Vertreter der „Nautical Gazette" gegenüber führte ein amerikanischer Schiffsreeder Klage über die Disziplinlosigkeit der amerikanischen Seeleute, die besonders begünstigt würde durch die Bestimmungen des La Follette Gesetzes, das den Seeleuten Schutz vor Bestrafung im Desertierungsfalle gewährt und ihnen Anspruch auf Auszahlung der Hälfte der jeweiligen aufgelaufenen Löhnung gibt. Infolgedessen verlassen die Leute das Schiff auch ohne Erlaubnis des Kapitäns, wichtige Arbeiten an Bord bleiben liegen und das Schiff wird aufgehalten. Um die Schwierigkeiten in der Mannschaftsbeschaffung zu beheben, wenden die Amerikaner zum Teil recht merkwürdige Mittel an. So trifft das American Shipping Board Vorkehrungen, um die Studenten in den amerikanischen Colleges während der Ferien an Bord von Handelsschiffen zu schicken, damit sie dort zunächst zwei Monate als Schiffsjungen ausgebildet werden und dann den dritten Monat eine Reise ins Ausland antreten. Mit dem Hinweis auf die gute Gelegenheit, etwas von der Welt zu sehen und praktische Kenntnisse zu erwerben, soll den Studenten diese Beschäftigung schmackhaft gemacht werden. *P. W.*

Sonstiges

Erhöhung der Passagepreise im Ozeanverkehr. Der „Nautical Gazette" entnehmen wir folgende Tabelle der auf einigen Hauptstrecken des überseeischen Personenverkehrs im Jahre 1914 und gegenwärtig gültigen Passagepreise I. Klasse (es handelt sich um Preise für den gewöhnlichen Platz in der 1. Kajüte, also um Grundpreise):

Von England	1914 £	s	d	1919 £	s	d	Erhöhung
nach New York	19	10	—	30	—	—	54 %
„ Yokohama (via Kanada)	71	10	—	90	12	6	27 „
„ Neu Seeland (via Kanada)	74	6	8	91	16	2	23 „
„ Sydney (via Kanada)	71	10	—	96	9	2	30 „
„ Sydney (via Suez)	65/75	—	—	116/128	—	—	78/71 „
„ Kingston (Jamaika)	30	—	—	35	—	—	17 „
„ Rio de Janeiro	33	—	—	53	—	—	61 „
„ Buenos Aires	39	—	—	63	—	—	62 „
„ Kapstadt	35	—	—	59	5	—	69 „
„ Bombay	46/52	—	—	58/68	—	—	28/31 „

Wie ersichtlich, sind die Erhöhungen je nach den Fahrtrouten außerordentlich verschieden. Verhältnismäßig am stärksten ist die Preissteigerung im Verkehr nach Australien (via Suez), Südafrika, Südamerika und New York. *A. K.*

Die Weltdampferflotte nach Lloyds Register. (Vergl. vorige Nr. des „W. D.") Aus der neuen Ausgabe von Lloyds Register of Shipping bringt „Fairplay" in seiner letzten Nummer eine Tabelle der Dampferflotten der verschiedenen Länder vom Juni 1919, verglichen mit dem Stand vom Juni 1914. Sie gibt folgende Zahlen:

Land	Juni 1914 Br.-Reg.-T.	Juni 1919 Br.-Reg.-T.	Untersch zwisch. 1914 u. 1919 Br.-Reg.-T.	%
Großbritannien	18 892 000	16 345 000	— 2 547 000	— 13,5
Britische Kolonien	1 632 000	1 863 000	+ 231 000	+ 14,1
Vereinigte Staaten a) Seedampfer	2 027 000	9 773 000	+ 7 746 000	+ 382,1
b) Dampfer auf d. großen Seen	2 260 000	2 160 000	— 100 000	— 4,4
Österreich-Ungarn	1 052 000	713 000	— 339 000	— 32,2
Dänemark	770 000	631 000	— 139 000	— 18,1
Frankreich	1 922 000	1 962 000	+ 40 000	+ 2,1
Deutschland	5 135 000	3 247 000	— 1 888 000	— 36,8
Griechenland	821 000	291 000	— 530 000	— 64,6
Niederlande	1 472 000	1 574 000	+ 102 000	+ 6,9
Italien	1 430 000	1 238 000	— 192 000	— 13,4

Japan	1 708 000	2 325 000	+ 617 000	+ 36,1
Norwegen	1 957 000	1 597 000	— 360 000	— 18,4
Spanien	884 000	709 000	— 175 000	— 19,8
Schweden	1 015 000	917 000	— 98 000	— 9,7
Andere Länder	2 427 000	2 552 000	+ 125 000	+ 5,2
Zusammen	45 404 000	47 897 000	+ 2 493 000	+ 5,5
(davon außerhalb Großbritanniens)	26 512 000	31 552 000	+ 5 040 000	+ 1,90

Einen genauen Überblick über die gegenwärtige Verteilung der Welthandelsflotte kann die Tabelle zwar nicht geben, einmal weil die Seglertonnage, die sich im Juni 1919 noch auf 3 022 000 Br.-Reg.-T. belief, nicht mit angeführt ist, dann aber besonders, weil die Wirkung des Friedensvertrages auf den Schiffsbesitz der Mittelmächte — Deutschland verliert durch den Versailler Vertrag bekanntlich seine gesamte Seeschiffflotte — hier noch nicht berücksichtigt worden ist. Durch die Auslieferung der deutschen Schiffe und ihre Verteilung auf die feinlichen Staaten erhöht sich insbesondere die britische, amerikanische und französische Tonnage um ein Beträchtliches. Trotzdem hat die Tabelle Anspruch auf unsere sorgfältige Beachtung, denn sie läßt immerhin die durch den Krieg herbeigeführten Veränderungen in den Grundlinien des Gesamtbildes der Welthandelsflotte deutlich hervortreten. Sie zeigt namentlich, wie sehr England durch den Krieg seine dominierende Stellung in der Schiffahrt gefährdet hat. Anstatt des zusammengebrochenen deutschen Konkurrenten ist ihm ein neuer weit gefährlicherer entstanden. Während Deutschland vor dem Krieg mit einer Dampfertonnage, die nur 27 % der britischen ausmachte, den zweiten Platz in der Reihe der Schiffahrtsstaaten einnahm, sind jetzt die Vereinigten Staaten an seine Stelle getreten. Ihre Tonnage macht nahezu 60 % der zurückgegangenen britischen aus und die Produktivität des amerikanischen Schiffbaus — nach den bisherigen Ergebnissen zu urteilen, wird Amerika in diesem Jahre wahrscheinlich 4½ Mill. Br.-Reg.-T., Großbritannien erheblich weniger als die Hälfte bauen — sorgt dafür, daß sich dieses Verhältnis des beiderseitigen Bestandes sehr schnell noch weiter zu ungunsten Großbritanniens verschiebt. Nächst Amerika hat Japan absolut und relativ die größte Tonnagevermehrung aufzuweisen, der Umfang seiner Dampferflotte hat gegenüber dem Vorkriegsstand um 36,1 % zugenommen. Kleineren Zuwachs zeigen die Dampferflotten der britischen Kolonien, der Niederlande und Frankreichs. Den verhältnismäßig stärksten Rückgang hat neben den Mittelmächten, deren Tonnageeinbußen sich, wie erwähnt, durch die Friedensverträge erhöhen, die griechische Flagge erfahren; sie hat fast zwei Drittel ihres Vorkriegsbestandes verloren. Norwegens Dampferbesitz bleibt nur noch um 18,4 % hinter seinem früheren Umfang zurück, das Land konnte demnach bereits einen Teil seiner während des Kriegs erlittenen sehr beträchtlichen Tonnageverluste durch Neubauten und Zukäufe wieder einholen. Ähnliche Verminderungen zeigen die Bestände Spaniens und Dänemarks, geringere diejenigen Italiens und Schwedens.

In Zusammenhang mit der Feststellung der tatsächlichen Bestände hat Lloyds Register Untersuchungen über die Frage angestellt, welches Bild die Weltdampferflotte jetzt bieten würde, wenn der Krieg seine Einwirkung nicht geltend gemacht hätte. Zugrunde gelegt wurde dabei eine Weiterentwicklung der Dampfertonnage, wie sie nach Maßgabe des in den letzten 15 Friedensjahren hervorgetretenen Fortschritts und unter Berücksichtigung einiger im Jahre 1914 bereits erkennbarer fördernder oder hemmender Faktoren bei den verschiedenen Flaggen als wahrscheinlich gelten konnte. Das Register kommt auf diesem Wege zu folgenden Zahlen:

Land	Wahrscheinlicher Tonnagebestand Juni 1919, falls Krieg unterblieben:	Unterschied zwischen diesem Sollbestand u. der tatsächlichen Tonnage:
Großbritannien	21 348 000 B.-R.-T.	— 5 003 000 B.-R.-T.
Britische Kolonien	2 062 000 „	— 199 000 „
	23 410 000 B.-R.-T.	— 5 202 000 B.-R.-T.
Verein. Staaten (See)	2 605 000 „	+ 7 168 000 „
„ (Binnenseen)	2 599 000 „	— 439 000 „
	5 204 000 B.-R.-T.	+ 6 729 000 B.-R.-T.
Frankreich	2 498 000 „	— 536 000 „
Deutschland	6 829 000 „	— 3 582 000 „
Niederlande	1 958 000 „	— 384 000 „
Italien	1 915 000 „	— 677 000 „
Japan	2 305 000 „	+ 20 000 „
Norwegen	2 622 000 „	— 1 025 000 „
Andere Länder	8 629 000 „	— 2 816 000 „
zusammen	55 370 000 B.-R.-T.	— 7 473 000 B.-R.-T.
(davon außerbritisch)	34 022 000 „	— 2 470 000 „

Der Unterschied zwischen dem Sollbestand und dem tatsächlichen Bestand würde sich also, zu einem Gesamtergebnis zusammengefaßt, wie folgt, stellen:

Verlust an britischer Tonnage	5 202 000	Br.-Reg.-T.
„ „ fremder „ (außer Amerika)	9 000 000	„
	14 202 000	Br.-Reg.-T.
Netto-Gewinn d. Ver. Staaten	6 729 000	„
Verlust der Welttonnage	7 473 000	Br.-Reg.-T.

Die Aufstellung zeigt, daß die Weltdampfertonnage um 7½ Mill. Br.-Reg.-T. hinter dem Stand zurückgeblieben ist, den sie jetzt wahrscheinlich erreicht hätte, wenn der fünfjährige Krieg der Welt erspart geblieben wäre. Großbritannien fehlen heute rund 5 Mill. Br.-Reg.-T. an seinem Sollbetrage. Die Vereinigten Staaten, deren Seedampferflotte bei friedensmäßiger Entwicklung eine Vergrößerung von 578 000 Br.-Reg.-T. über ihren Bestand vom Juni 1914 aufgewiesen hätte, haben infolge des durch den Krieg herbeigeführten gewaltigen Ausbaus ihrer Werftindustrie jenen Sollbetrag um ein Mehr von 7,2 Mill. Br.-Reg.-T. überschritten. „Die für Deutschland angegebenen Zahlen lassen, wie oben, die Wirkungen des Friedensvertrages unberücksichtigt.

Daß für die Bewertung der verschiedenen nationalen Dampferflotten die bloße Tonnageziffer nicht ausreicht, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Auf einige Faktoren, die bei einem Vergleich der Welthandelsflotte vor und nach dem Kriege oder der britischen und amerikanischen Tonnage hinsichtlich der Leistungsfähigkeit in Betracht kämen, wurde in der vorigen Nummer des „W. D." bereits hingewiesen. Die englische Fachpresse erschöpft sich zurzeit darin, den beängstigenden Eindruck, den die Lloydzahlen auf ihr um die maritime Vormachtstellung Großbritanniens besorgtes Leserpublikum ausüben, nach Möglichkeit durch Hervorkehrung aller jener Momente abzuschwächen, aus denen eine erhöhte Leistungsfähigkeit der britischen Tonnage, insbesondere der amerikanischen gegenüber, gefolgert werden kann. Es wird betont, daß sich aus Großbritanniens geographischer Lage eine bessere Verwendungsmöglichkeit für die kleineren Schiffe ergebe, die im Überseeverkehr mit den benachbarten europäischen Ländern, also im Foreign Trade, verwendet werden könnten, während sie in Amerika auf den Küstenverkehr beschränkt blieben. Auch die Verteilung auf die verschiedenen Größenklassen sei für Großbritannien günstig. Es seien vorhanden:

	Schiffe von 2–4000 B.-R.-T.	Schiffe von 4–8000 B.-R.-T.	Schiffe von 8000 B.-R.-T. u. darüber
in Großbritannien	1042	1485	263
„ Vereinigt. Staaten	1272	811	90

Daß Amerika bestrebt ist, den Bau größerer und größter Schiffe mit allen Kräften zu fördern, und deshalb nach einer gewissen Zeit auch in dieser Hinsicht seine Position verbessern dürfte, bleibt unerwähnt. Weiter wird darauf hingewiesen, daß man während des Krieges die Decksräume zu geschlossenen Laderäumen umgewandelt habe, wodurch zwar der Raumgehalt des Schiffes nicht, aber seine Tragfähigkeit vergrößert sei. Dieses Verfahren sei in der amerikanischen Handelsflotte, die ja zu ganz überwiegendem Teile aus neuen Schiffen bestehe, in weiterem Umfange als in der britischen angewandt worden und lasse sie deshalb in bezug auf den Raumgehalt verhältnismäßig größer erscheinen. Endlich wird auf die zahlreichen, wenig leistungsfähigen Holzdampfer, fabrizierten Schiffe und gewisse unpraktischen Standardtypen der amerikanischen Flotte aufmerksam gemacht.

Die Einbeziehung der Decksräume in den geschlossenen Laderaum hat, nach Fairplays Ansicht, den Raumgehalt der Weltdampferflotte derart vergrößert, daß, wenn man sie ausschalten und die Vermessung wieder nach den vor dem Krieg gültigen Grundsätzen vornehmen würde, das bisher erreichte Plus von 2½ Mill. Br.-Reg.-T. wahrscheinlich verschwinden würde. Die Frage, ob die gegenwärtig vorhandene Welttonnage — falls sie in ganzem Ausmaße für wirtschaftliche Aufgaben zur Verfügung stehen würde — ein größeres Transportvermögen als vor dem Kriege besitzt, ist schwer zu beantworten. Dafür spricht der Umstand, daß während des Krieges eine große Zahl von Passagierdampfern verloren gegangen und durch Frachtdampfer von besonderer Ladefähigkeit und gesteigerter Schnelligkeit ersetzt worden ist. Auf der andern Seite fehlt es, wie erwähnt, nicht an neuen Schiffen, die an Leistungsfähigkeit hinter denen der Vorkriegszeit zurückstehen. Es ist ferner zu bedenken, daß der überhastete Schiffbau während des Krieges, die Einführung neuer Baumethoden und Schiffs-

typen, die Unsicherheit der Fahrstraßen durch Minen, mangelhafte Befeuerung und Betonnung wahrscheinlich die Häufigkeit der Reparaturen erhöht hat, daß mit dem Fortschreiten der sozialen Bewegung und den zahlreicheren Streiks eine Verlangsamung der Reparaturarbeiten und des Lösch- und Ladebetriebes verbunden ist, daß die Bezugsländer für manche wichtigen Transportgüter in die Ferne gerückt sind, daß also z. B. Weizen anstatt aus den Schwarzmeerhäfen jetzt aus Australien, Zucker anstatt aus Deutschland jetzt aus Java geholt werden muß. Trotz dieser Gegengründe neigt Fairplay der Ansicht zu, daß die gegenwärtige Welttonnage, falls sie restlos für wirtschaftliche Aufgaben frei wäre, die der Vorkriegszeit an Transportwirkung übertreffen würde.

A. K.

Vermischtes

Die deutschen Interessen auf den Philippinen. Aus dem 1. Band des „Alien Property Custodian Report" (vom Auswärtigen Amt der Vereinigten Staaten herausgegeben) entnehmen wir folgende Angaben:

Sofort nach dem spanisch-amerikanischen Krieg begannen die Deutschen eine Politik der Ausdehnung ihres Handels im gesamten Fernen Osten und namentlich auf den Philippinen. Damals war das Geschäft in jenen Gegenden in englischer Hand. Aber in den folgenden 15 Jahren richteten sich die Deutschen auf den Philippinen ein und bemächtigten sich eines großen Teiles dieses Handels, hauptsächlich vermöge ihrer Kartelle und langfristigen Kredite. Man kann den Umfang des deutschen Geschäfts auf den Philippinen nicht nach dem investierten Kapital berechnen, denn die Kredite, welche sie ausstehen hatten, waren bedeutender als ihr Anlagekapital. Im Juli 1914 fuhren deutsche Schiffe nach den Philippinen und holten Rohmaterialien. Deutsche Fabrikate wurden auf den Inseln mit großem Gewinn verkauft. Bei Beginn des europäischen Krieges hörten die deutschen Ein- und Ausfuhren auf. Das deutsche Geschäft verlegte seine Tätigkeit soweit als möglich nach Amerika, und setzte 1915/17 den Handel mit den Philippinen fort. Überall waren die Deutschen eingedrungen und der Plan zur Ausdehnung nach dem Krieg war fertig. In ihrer Hand waren die bedeutendsten Ein- und Ausfuhrhäuser, der Handel mit Artikeln der Elektrizitätsindustrie und ein großer, vielleicht der größte Teil der Tabakfabriken in Manila. Ferner waren die Deutschen stark beteiligt im Geschäft mit Pflanzenölen, Kautschuk, Kokosnüssen und an den Tabakpflanzen. Die einzige Gasgesellschaft auf den Inseln, die Manila Gas Corporation, war indirekt in deutschen Händen. Bei Ausbruch des Krieges planten sie die Anlage von Gas- und Elektrizitätsfabriken in vielen Städten der Insel. Die wichtigsten deutschen Firmen und der Betrag ihrer Kapitalien (in $) sind in der folgenden Aufstellung aufgezählt:

A. G. Sibrand Siegert	313 841	United States Paper	
A. Richter & Co. ...	93 193	and Hardware Co.	306 441
Behn, Meyer & Co. (Ltd.)	700 000	Carmelo & Bauermann	163 312
The Cooper Co.	302 750	Philippine Vegetable	
Germann & Co. Ltd.	2 479 108	Oil Co.....	4 000 000
Fröhlich & Kuttner.	1 361 731	„El Oriente" Cigar	
Manila Drug Co....	750 000	Factory	1 298 424
Struckmann & Co...	312 000	E. A. & Otto Weber	300 000

Der Verwalter hielt in vielen Fällen die sofortige Liquidation nicht für geraten. Er setzte deshalb Inspektoren ein, bis das geänderte Gesetz den Verkauf gestattete. Bei den Versteigerungen wurden nur amerikanische Bürger oder Gesellschaften, in welchen 100 % des Kapitals in amerikanischem Besitz waren, zugelassen. Bei dem Verkauf erwies sich die Nationalbank von Manila, zu 51 % im Besitz der Regierung, von großem Nutzen.

Flugzeugversicherung in England. Nach einer Times-Meldung wird der englische Versicherungsmarkt durch den Verlust des Caproni-Flugzeuges bei Verona mit einem Schaden in Höhe von 6000 £ betroffen. Dies ist der größte bisher eingetretene Schaden, doch sind die englischen Versicherungen auch sonst mit dem Gang des Geschäftes höchst unzufrieden. Es besteht schon seit mehreren Monaten ein solcher Markt für Flugzeugversicherungen in London, doch sind die Versicherer bisher noch recht unsicher in bezug auf die Höhe der zu fordernden Prämien, sie hoffen aber bei dem vermehrten Anwachsen des Geschäftes bald größere Sicherheit in der Beurteilung der Risiken zu bekommen und dann auch niedrigere Prämien fordern zu können. *P. W.*

Die Britische Handelskammer in Deutschland, Cöln Hohestraße 133, ist, wie das „Board of Trade Journal" vom 7. 8. berichtet, formell in dieser ihrer Eigenschaft anerkannt und in enge Verbindung mit den Vereinigten Handelskammern des Königreiches getreten. Das Kapital der angeschlossenen Firmen wird mit 250 Mill. £ angegeben, die Zahl ihrer Arbeiter mit 1 745 000. — Die Kammer vermittelt die Vertretung britischer Firmen durch deutsche oder englische Agenten und führt deutsche Käufer mit englischen Fabrikanten und Händlern zusammen. Die einschlägige Literatur, Kataloge usw. werden in einem demnächst zu eröffnenden Leseraum zugänglich gemacht werden.

Bahnbauten in Angola. Das Lissaboner „Diario do Governo" v. 31. 5. veröffentlicht ein Dekret, wonach die Regierung zum Bau oder zur Vergebung des Baus einer Eisenbahn vom Endpunkt der Malanje-Linie bis zur Grenze der Kolonie ermächtigt wird. Der Betrieb der fertiggestellten Strecke soll unter allen Umständen dem Staate verbleiben. Es handelt sich um die Fortsetzung der im Juli 1918 von der Regierung übernommenen Bahn Loanda—Ambaca, die inzwischen bis Malanje fortgeführt ist. Der Weiterbau wird mit der Erschließung der großen Bergbaubezirke an den Grenzen Angolas der Notwendigkeit des Anschlusses an bestehende oder geplante Bahnen im Osten der Kolonie und mit der günstigen Lage und Bedingungen Loandos für den Durchgangsverkehr begründet. Eine Verbindung mit dem rhodesischen Bahnnetz ist in Aussicht genommen. Die öffentliche Meinung Portugals ist den kolonialen Bahnbauten sehr günstig gestimmt, um den Besitz und die Beherrschung der Kolonien zu sichern.

Kolonie Haute—Volta. Die französische Kolonie Haut-Sénégal et Niger ist auf Grund eines Dekrets des Präsidenten der Republik vom 1. März 1919 derart geteilt worden, daß die Bezirke Gaoua, Bobo-Dioulasso, Dédouzou, Quagadougou, Dori-Say und Fada-N'Gourma zu einer neuen Kolonie Haute—Volta vereinigt wurden. Die Trennung erfolgte wegen der großen Schwierigkeiten, diese volkreichen aber abgelegenen Bezirke von Bamako-Koulouba aus zu verwalten. Die neue Kolonie liegt im Niger-Bogen, nördlich angrenzend an die Kolonien Elfenbeinküste, Goldküste, Togo und Dahomey; im Osten wird sie durch den Niger von dem Militär-Territorium Niger geschieden, im Norden und Westen stößt sie an die noch zum Niger-Becken gehörenden Bezirke der Kolonie Haut-Sénégal

et Niger. Sie umfaßt also in der Hauptsache die Becken des oberen schwarzen Volta, des roten und des weißen Volta. — Die Kolonie Haute-Volta untersteht dem General-Gouverneur von Französisch-Westafrika und hat in verwaltungsrechtlicher und finanzieller Hinsicht die gleiche Selbständigkeit wie die übrigen zu Französisch-Westafrika gehörenden Kolonien. An ihrer Spitze steht ein Lieutenant-Gouverneur, der seinen Sitz an dem Hauptort der Kolonie, Quagadougou, hat.

Wichtige Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Allgemeines

„Über die Bedeutung Indiens für England." Von Prof. Sten Konow. Hamburg, Braunschweig, Berlin, Westermann, 1919. 78 S. Hamburgische Forschungen, H. 6. 6.60 M.

Das Buch behandelt die Frage, ob der Besitz Indiens für das Britische Weltreich von vitaler Bedeutung ist vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus. Es wird gezeigt, daß der britisch-indische Handel zwar quantitativ im Gesamtbild des Weltreichs einen verhältnismäßig geringen Platz einnimmt, daß er aber infolge der Eigenart der ein- und ausgeführten Waren ausschlaggebende Bedeutung gewinnt. Die britische Volksernährung ist stark von den Erzeugnissen Indiens abhängig und gewisse britische Industriezweige, wie die Baumwollindustrie würden den indischen Markt nicht entbehren können. Weiter ist Indien ein wichtiges Arbeitsfeld für britisches Kapital und britischen Unternehmungsgeist. Die materiellen Vorteile sind so groß, daß Englands wirtschaftliche Lage ohne sie eine wesentlich ungünstigere sein würde. Ähnlich liegt die Sache auf dem Gebiet der Politik. Auch hier ist die Bedeutung Indiens für England überaus groß, für das Heer und Verteidigungswesen, für den immer fortgesetzten Ausbau des Imperiums und für das Prestige im Osten, das für ein asiatisches Weltreich so wichtig ist. Hier wie übrigens auch auf wirtschaftlichem Gebiet zeigt es sich, daß England ohne eine wirkliche Herrschaft nicht dieselben Vorteile haben würde. Die Rücksicht auf Indien wird schließlich als ein bestimmendes Moment bei der Entwickelung der britischen Weltpolitik nachgewiesen, früher im Verhältnis zu Frankreich und in der letzten Zeit auch Deutschland und der Türkei gegenüber.

„Der Staat, die Industrie und der Sozialismus" von Parvus (10. Band der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek), herausgegeben vom Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin 1919. 112 S. 3 M.

Verfasser erblickt einen Widerspruch darin, daß der Kapitalismus einerseits Entwickelung der Produktion und damit Steigerung des Volksbedarfs zur Voraussetzung habe, andererseits aber die Konsumkraft der Massen herabdrücke. Die Industrie sei in Abhängigkeit vom Finanzkapital geraten und die Zentralisierung des Kapitals mache es der Industrie immer weniger möglich, sich auf Kosten der Konkurrenz auszudehnen, da diese überhaupt verschwinde. Darum sei die Vergesellschaftung notwendig. Die Lebensansprüche des Volkes könnten garnicht groß genug sein. Der gesellschaftliche Bedarf müsse organisiert werden. -dt.

Deutschland

„Die Kriegsbilanz für Deutschlands Industrie." Was der Feind uns nimmt — Was uns bleibt. Von Dr. Alfred Schmidt-Essen. Mit einem Geleitwort von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Stuhlmann. Essen a. R. „Deutsche Bergwerkszeitung" 1919. 71 S. 3 M.

In kurzen aber inhaltsreichen — meist im „Wirtschaftsdienst" erstmalig veröffentlichten — Aufsätzen schildert das Heftchen die Bedeutung der uns im Kriege entrissenen Landesteile, absolut betrachtet und im Rahmen des deutschen Wirtschaftsganzen. Anschaulich zusammengestellte Statistik ergänzt die Darstellungen, die trotz ihres streng wissenschaftlichen Charakters jedem Laien verständlich sind und wertvolle Mitteilungen auch für den Kaufmann und Industriellen enthalten. Unter Hervorhebung des Tatsächlichen treten Werturteile in den Hintergrund. Besondere Beachtung verdienen u. a. die Ausführungen über die wirtschaftliche Bedeutung eines Anschlusses von Deutsch-Österreich. Auf wenigen Seiten wird alles Wesentliche gesagt.

„Der Zukunftsstaat." Produktion und Konsum im Sozialstaat. 2. vollst. umgearb. Aufl. von Karl Ballod. Stuttgart, Dietz, 1919. IV, 240 S. 3 M.

Eine phantastische Utopie mit unhaltbaren und höchst bedenklichen Schlußfolgerungen. tz.

„Unser Hamburg." Sieben Vorträge über Hamburgs geschichtliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung von Alfred Diller, M. d. B., Oberlehrerin C. Gleiß, Generalsekretär Hennigsen, Frau Anni Holzmann, Oberlandesgerichtsrat Dr. Koch, M. d. B., Regierungsrat Dr. Nagel und Frau Anna Schaper, M. d. B., herausgegeben von Dr. W. Holzmann, Hamburg (Verlag G. W. Niemeyer Nachf., Walter Bangert). 1919. 76 S. (Schriften der Deutschnationalen Volkspartei. Verb. Hansa. Hamburg H. 1.)

Die Vorträge sind von Anhängern der Deutsch-nationalen Volkspartei gehalten worden und wollen auch in dieser Zusammenfassung für politische Ziele werben. -dt.

„Die Vollendung des Mittelland-Kanals", Untersuchungen über eine zweckentsprechende südliche Linienführung, ihre volks- und kriegswirtschaftliche Bedeutung, herausgegeben im Selbstverlag der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals, Braunschweig 1918. 477 S. mit 12 Karten und Lageplänen.

Die Darlegungen sollen den Nachweis erbringen, daß die schon in älteren Projektierungen gewählte südliche Linienführung die volkswirtschaftlich wertvollste ist. Das Buch bringt reiches, gut ausgewähltes Material bei. Behandelt wird zunächst der technische Teil des Problems, dann die wirtschaftliche Seite. Die Bodenschätze und ihre Verarbeitung, die Bodenkultur und Bodenerzeugnisse werden im Zusammenhang mit dem geplanten Kanal betrachtet. Anlagen befassen sich mit speziellen Fragen. -dt.

Andere Länder

„The general Directory of United South Africa for 1918." Cape Town: Edwards; London: Kelly. 1918.

Das Adreßbuch zerfällt in zwei Teile: 1. Städte, 2. Branchen, und umfaßt die Territorien der Kapkolonie, von Natal, Transvaal, Rhodesia und des Oranjefreistaats.

„Der Wirtschaftskrieg." Die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens. Abt. V. Vereinigte Staaten von Amerika. Bearb. v. Eugen Böhler und Hans Wehberg. Hrsg. v. Königl. Institut f. Seev. u. Weltwirtschaft a. d. Univ. Kiel. Jena, Fischer, 1919.

Nur 130 Seiten des zweiten Teils des umfangreichen Buches sind dem Thema gewidmet, das man hauptsächlich dem Titel nach in ihm abgehandelt sucht, nämlich: rechtliche Behandlung Deutscher und deutschen Eigentums. In diesem Teil ist die Darstellung derart trocken theoretisch, daß man dem Verfasser wünscht, er hätte sich das musterhafte und durch praktische Beispiele belebte Buch von Curti: Der Handelskrieg von England, Frankreich und Italien gegen Deutschland und Österreich-Ungarn mehr zum Vorbilde genommen. Im ersten Teil des Buches wird die „Entwicklung der nationalen Produktivkräfte" auf 261 Seiten abgehandelt, und zwar wesentlich geschickter als die rechtlichen Verhältnisse im zweiten Teil. Die „Expansionstendenzen auf dem Geld- und Kapitalmarkt" (47 Seiten) hätten wir gerne ausführlicher behandelt gesehen. K. L.

„United States Geological Survey. Mineral resources of the United States." Part 1—2. Calendar year 1915, Washington 1917: Gov. Print. Off.

Der erste Band umfaßt die Metalle. die er auf 1000 Seiten behandelt, der zweite mit 1084 dis Nichtmetalle. Internationale Übersichten u. historische Rückblicke (z. B. bei Kohle), sowie bis in das einzelne gehende Angaben über Betrieb und Ausbeute (z. B. bei Gold u. Silber) und eine große Menge statistischer Angaben machen das Buch zu einem Nachschlagewerk ersten Ranges.

Verantwortlich für Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl Hamburg 8.